



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 2

Februar 1978

Grafik des Monats: Abfallaufkommen
Aufsätze: Verbraucherpreise 1977
Wo studieren Schleswig-Holsteiner?
Abfalldaten der Wirtschaft
Kraftradunfälle
Kurzberichte: Fremdenverkehr 1977

Aus den „Langen Reihen“

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

WERTSCHÖPFUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein

		1976	1977	Veränderung
		Monatsdurchschnitt Juli bis November		in %
Verarbeitende Industrie¹				
Produktionsindex	1970 $\hat{=}$ 100
Beschäftigte	1 000	.	165	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	2 012	.
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	.	18	.
Bauwirtschaft und Bautätigkeit				
Geleistete Arbeitsstunden ²	Mill. Std.	7,4	6,6	- 11
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 301	1 601	+ 23
Handel				
Ausfuhr	Mill. DM	460,2	473,2	+ 3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	370,7	373,2	+ 1
Verkehr				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 694	8 561	+ 11
Preisindexziffern (Bundesgebiet)				
Einfuhrpreise	1970 $\hat{=}$ 100	152,9	151,5	- 1
Grundstoffpreise ³	1970 $\hat{=}$ 100	148,6	148,0	- 0
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1970 $\hat{=}$ 100	142,1	144,7	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 $\hat{=}$ 100	148,3	143,8	- 3
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1970 $\hat{=}$ 100	141,4	146,9	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 $\hat{=}$ 100	136,8	143,9	+ 5
Geld und Kredit				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 694	5 895	+ 4
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	25 436	29 061	+ 14
Spareinlagen	Mill. DM	11 136	11 927	+ 7
Steueraufkommen				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	110	122	+ 11
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	65	82	+ 26
Lohnsteuer	Mill. DM	214	236	+ 10
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	266	310	+ 17

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1. 2) ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 2/78

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aufsätze	
Verbraucherpreise 1977	26
Wo studieren die Schleswig-Holsteiner?	29
Abfalldaten der Wirtschaft 1975	34
Straßenverkehrsunfälle mit Krafträdern	42
Kurzberichte	
Fremdenverkehr 1977 in Kürze	48
Aus „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 – 1975)“	
Geborene und Gestorbene	50
Auszubildende	52
Grafik des Monats	38
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ...	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1977

Die neue Beschäftigtenstatistik (Teil 2)
Fremdenverkehr

Heft 9/1977

Statistikreform im Produzierenden Gewerbe
Lohnsteuerpflichtige 1974

Heft 10/1977

Lehrernachwuchs
Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe
Bautätigkeit

Heft 11/12-1977

Entwicklungen im Marktfruchtbau
Verkehrsprognosen
Lehramtsanwärter
Einzelhandel

Heft 1/1978

Revision des Bruttoinlandsprodukts
Die Volkszählung 1981
Wohnungsstichprobe 1978



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 2

Februar 1978

Aktuelle Auslese



12,81 DM Facharbeiterlohn

Die im Oktober gezahlten Stundenlöhne sind für einen Vergleich besonders geeignet, weil sich die Tarifabschlüsse des laufenden Jahres bis dahin voll auswirken. Spitzenlöhne erzielten die männlichen Facharbeiter wie vor Jahresfrist in den Wirtschaftsbereichen Energiewirtschaft und Wasserversorgung und in den Verbrauchsgüterindustrien mit über 14 DM Stundenlohn. Sie erhalten damit gut 1,40 DM mehr als sich für den Durchschnitt aller Industriefacharbeiter errechnet. Beschäftigungsschwerpunkte der Industriearbeiterschaft sind mit gut einem Fünftel die männlichen Facharbeiter in den Investitionsgüterindustrien, zu knapp einem Fünftel die im Hoch- und Tiefbaugewerbe. Sie wurden hier mit Stundensätzen von 12,18 DM und 13,08 DM entlohnt. Der höchste Anstieg der effektiven Stundenlöhne der männlichen Facharbeiter binnen Jahresfrist wurde in den Investitionsgüterindustrien (+ 7,4 %), der geringste in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 5,0 %) gemessen.



Leichter Rückgang der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe

Die 1977 im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe insgesamt geleisteten Arbeitsstunden gingen gegenüber dem Vorjahr um 5 % und damit stärker als die Beschäftigten zurück. Im Monatsdurchschnitt 1977 waren 50 878 Personen im Bauhauptgewerbe tätig, 2 % weniger als 1976. Besonders stark gesunken ist die Zahl der für gewerbliche, industrielle und landwirtschaftliche Bauten geleisteten Stunden (- 7 %). Die Werte der Auftragseingänge dagegen nahmen gegenüber 1976 um 11 % zu. Dabei wiesen der öffentliche und Verkehrsbau einschließlich Straßenbau (+ 17 %) eine überdurchschnittliche und der Wohnungsbau (+ 13 %) eine mittlere Zuwachsrate auf. Im Wirtschaftsbau dagegen sind auch die Auftragseingänge rückläufig (- 5 %).



Verstärkter Minereraldüngereinsatz

Nach Jahren der Stagnation stieg im Wirtschaftsjahr 1976/77 der Minereraldüngerverbrauch in Schleswig-Holsteins Landwirtschaft deutlich an. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Reinnährstoffaufwand je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche um 12,3 % auf 135,1 kg Stickstoff, um 26,9 % auf 90,7 kg Phosphorsäure sowie um 10,5 % auf 95,7 kg Kali. Der Kalkverbrauch verminderte sich mit 73,3 kg Düngekalk (CaO) je ha gegenüber dem Vorjahr (76,5 kg) unwesentlich. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wurden 1976/77 in Schleswig-Holstein je ha 35,4 kg N, 23,8 kg P₂O₅, 5,6 kg K₂O und 4,5 kg CaO mehr aufgewendet.



Ausfuhr: 6,1 Mrd. DM, Einfuhr: 5,5 Mrd. DM

Im Jahre 1977 führte Schleswig-Holstein Waren im Werte von 6,1 Mrd. DM aus, das sind 12,9 % mehr als 1976. Auf Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft entfielen 5,2 Mrd. DM, auf Güter der Ernährungswirtschaft 906 Mill. DM. Während die gewerbliche Wirtschaft ihre Exporte um 9,9 % steigern konnte, nahm die Ausfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft um 34,2 % zu. Mit einem Wert von 1,2 Mrd. DM erreichte die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen einen neuen Höchststand. Die Wertindustrie steuerte damit fast 20 % zur gesamten Ausfuhr bei.

Die Einfuhr Schleswig-Holsteins kletterte nur um 2,4 % auf 5,5 Mrd. DM an. Das geringe Wachstum der Einfuhrumsätze, das die Ernährungswirtschaft und die gewerbliche Wirtschaft gleichermaßen betraf, ist u. a. auf eine gegenüber dem Vorjahr geringere Lagerhaltung mancher Rohstoffe und Halbwaren infolge der insgesamt noch schwachen konjunkturellen Auftriebskräfte im In- und Ausland zurückzuführen.

Verbraucherpreise 1977

Die Verbraucherpreise in Schleswig-Holstein stellen u. a. Bausteine des Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet dar. Dieser Index ist 1977 um 3,9 % gegenüber 1976 gestiegen. Damit wurde erstmals seit 1970 (+ 3,4 %) eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate unter 4 % erreicht. 1976 hatte diese Steigerungsrate noch 4,5 %, 1975 6 % und 1974 7 % betragen.

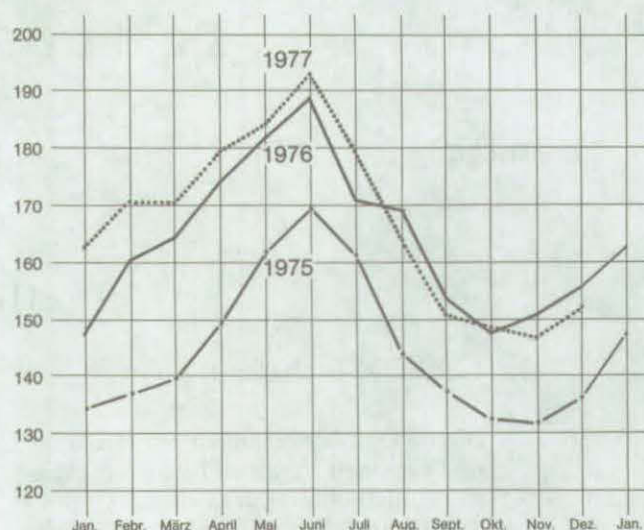
Während am Jahresbeginn noch Preissteigerungsraten um 4 % gegenüber den vergleichbaren Monaten des Vorjahres ausgewiesen wurden und die Preissteigerung im Juli gar 4,3 % erreichte, ermäßigten sich die Teuerungsraten ab August (3,9 %) bis Dezember auf 3,5 %. Eine ähnlich niedrige Steigerungsrate des Preisindex der Lebenshaltung aller privater Haushalte ist zuletzt im Juli 1970 mit 3,4 % festgestellt worden.

Während im Verlauf des Jahres 1976 noch ein eindeutig rückläufiger Trend der Preissteigerungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat gemessen wurde (Januar + 5,3 %, Dezember + 3,9 %), so war das Jahr 1977 danach eher durch stagnierende Preissteigerungsraten geprägt. Sieht man von den Saisonwaren vorerst ab, so wurden bis Mitte 1977 für die Gesamtlebenshaltung gar wachsende Preisanstiegsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat beobachtet. Der Rückgang der Anstiegsrate der Gesamtlebenshaltung — insbesondere in der zweiten Jahreshälfte — beruht verstärkt auf einem saisonalen Ausnahmeeffekt: Wie jahreszeitlich üblich ging der Preisindex der besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel einschließlich Blumeh, Kohle und Heizöl in den Erntemonaten zurück. Diese jährlich zu beobachtende Saisonbewegung verlief 1976 auf einem relativ hohen Niveau, weil der anhaltenden Trockenheit dieses Jahres unerwartete Ernterückgänge und eine preissteigernde Angebotsverknappung folgten. Der Abstand zwischen den dürrebedingt überhöhten Indexständen des Jahres 1976 und dem normalen Saisonverlauf des Index 1977 ist deshalb nur sehr gering und verringert entsprechend den Anstieg des Gesamtindex. So ging die von August bis Dezember gemessene dürrebedingte Preisveränderungsrate von durchschnittlich + 14 % im Jahre 1976 auf - 2 % im Jahre 1977 zurück. Aus dem insbesondere hierdurch ausgelösten Rückgang der Preissteigerungsrate des Gesamtindex im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1977 ist daher nicht ohne weiteres abzuleiten, daß die Preisauftriebstendenzen weiter nachlassen.

D - 4894

Preisentwicklung der saisonabhängigen Nahrungsmittel

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet 1970 = 100



War auch die Preissteigerungsrate der saisonabhängigen Nahrungsmittel im allgemeinen rückläufig, so wurden doch bei einzelnen Gemüse- und Obstsorten weit überdurchschnittliche Preisanhebungen gemessen. Bei Gemüse gilt dies in besonderem Maße für Mohrrüben (+ 30,1 %), Blumenkohl (+ 23,2 %) und Porree (+ 15,6 %). Auch die schlechte Apfel- und Birnenernte im Bundesgebiet blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Preisniveau. Trotz guter Apfelernte in Schleswig-Holstein zogen hier dennoch die Preise um 34,5 % an. Nach der auch in Schleswig-Holstein schlechten Birnenernte mußte die Hausfrau einen um 26,9 % gestiegenen Birnenpreis hinnehmen. Diese jahresdurchschnittlichen Preisanhebungen spiegeln die erntebedingten Preisanpassungen der letzten Monate des Jahres nur anteilmäßig wider. So wurden etwa im Dezember 1977 Tafeläpfel zwischen 49 % und 55 % je nach Handelsklasse und Birnen gar um 80 % teurer angeboten als vor Jahresfrist.

Extreme Preissteigerungen einzelner Waren und Dienstleistungen werden von den Verbrauchern besonders beklagt. Dies gilt 1977 insbesondere wieder für die Genußmittel. So überschritt der Preis für 250 g gerösteten Bohnenkaffees mittlerer Qualität im August die 8-DM-Grenze, erreichte im Jahresverlauf Preissteigerungen bis zu 58 % zum Vorjahresmonat und ging ab September langsam zurück. In Jahresfrist blieb

dennoch eine Verteuerung des Kaffeegenusses um 40 % übrig. Ausgelöst wurde diese extreme Teuerung (seit 1975 um 65 %) durch die verheerenden Frostschäden in den brasilianischen Kaffeeplantagen, denen eine Hausse auf dem Weltrohkafeemarkt folgte. Sie erreichte für den deutschen Markt im April ihren Höhepunkt. In dieser Zeit mußte der deutsche Importeur 464 % mehr D-Mark für die Kaffeefuhr disponieren als im Monat vor dem großen Frost. Dieser Steigerungssatz läge sicher noch höher, wenn nicht der Außenwert der D-Mark gegenüber den 22 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik in diesem Zeitraum zusätzlich um 13,7 % angestiegen wäre. Der sich seit April für den Importeur bestätigende Rückgang der Rohkaffeepreise war auch für den Verbraucher mit einer fünfmonatigen Verzögerung spürbar.

Die 1976 zurückgegangene Weltkakaovernte und die Einschätzung des weltweiten Produktionsdefizits führte auch auf dem Weltrohkaakmarkt zu ähnlich ausgeprägten Anhebungen der Importpreise auf D-Mark-Basis. So zog der Rohkakaopreis — nach der Preiswelle 1973 — von 1975 bis in die Mitte des Jahres 1977 um 246 % an. Auf Pfund-Sterling-Basis hatte sich der Preis damit seit 1972 verdreizehnfach.

Bei dieser hohen Steigerungsrate waren selbst die im Rahmen des internationalen Kakaosabkommens vorgesehenen Buffer-Stock-Operationen unwirksam, da die zur Preisstabilisierung notwendigen Kakaobestände fehlten. Der Verbraucher hat von dieser Hausse auf dem Weltrohkaakmarkt in den ersten Monaten des Jahres 1977 wenig gespürt — vermutlich wegen des scharfen Wettbewerbs auf diesem „süßen“ Markt. So wurden auch nur relativ geringe jahresdurchschnittliche Preissteigerungsraten von 4,3 % für Milchschokolade (Gesamtkakaotrockenmasse mindestens 25 %) bis 23,9 % für reines Kakaopulver festgestellt. Mit der Weihnachtszeit und der sie begleitenden verstärkten Nachfrage setzte die Angebotsseite jedoch stark angehobene Preise durch. So zog der Preis für Kakaopulver allein in den letzten beiden Monaten des Jahres um je 24 % und 10 % in Monatsfrist an. In Jahresfrist war der Preis damit um 60 % und 73 % hochgeschwollen.

Unter den übrigen Genußmitteln wurden weiterhin kräftige Preisanstiege bei ausgewählten Tabakwaren und Spirituosen gemessen. Sie gehen überwiegend auf die im Januar voll wirksame Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer um etwa 18 % zurück. Die Wirkung dieser administrativen Maßnahme auf den Indexstand der Gesamtlebenshaltung war verständlicherweise spürbar. Sie trug dazu bei, daß die seit Oktober

1976 unter die 4 %-Grenze abgesunkene Preissteigerungsrate zum jeweiligen Vorjahresmonat wieder oberhalb dieser Grenze angesiedelt war. In Jahresfrist wurden bundesweit Tabakwaren um 14,6 %, alkoholische Getränke um 4,8 % teurer. Diese Durchschnittsergebnisse werden von Preissteigerungen einzelner Produkte übertroffen, da nicht alle Waren dieser Gruppen der Steuer gleichmäßig unterworfen wurden. So waren etwa von der Branntweinsteuererhöhung nur die „harten Getränke“ berührt. Für Doppelkorn, Weinbrand und Scotch-Whisky mußte der Konsument daher 14,8 %, 11,8 % und 10,3 % mehr ausgeben als noch 1976.

Die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt hat sich nach bundesweiten jahresdurchschnittlichen Preissteigerungsraten um 16 % in den Jahren 1973 und 1974 weitgehend stabilisiert. 1977 wurde noch eine Steigerungsrate von 1,1 % ermittelt. In Schleswig-Holstein fällt aus dieser Entwicklung der Gaspreis (Grundpreis + 18,4 %, Arbeitspreis + 13,6 %) heraus.

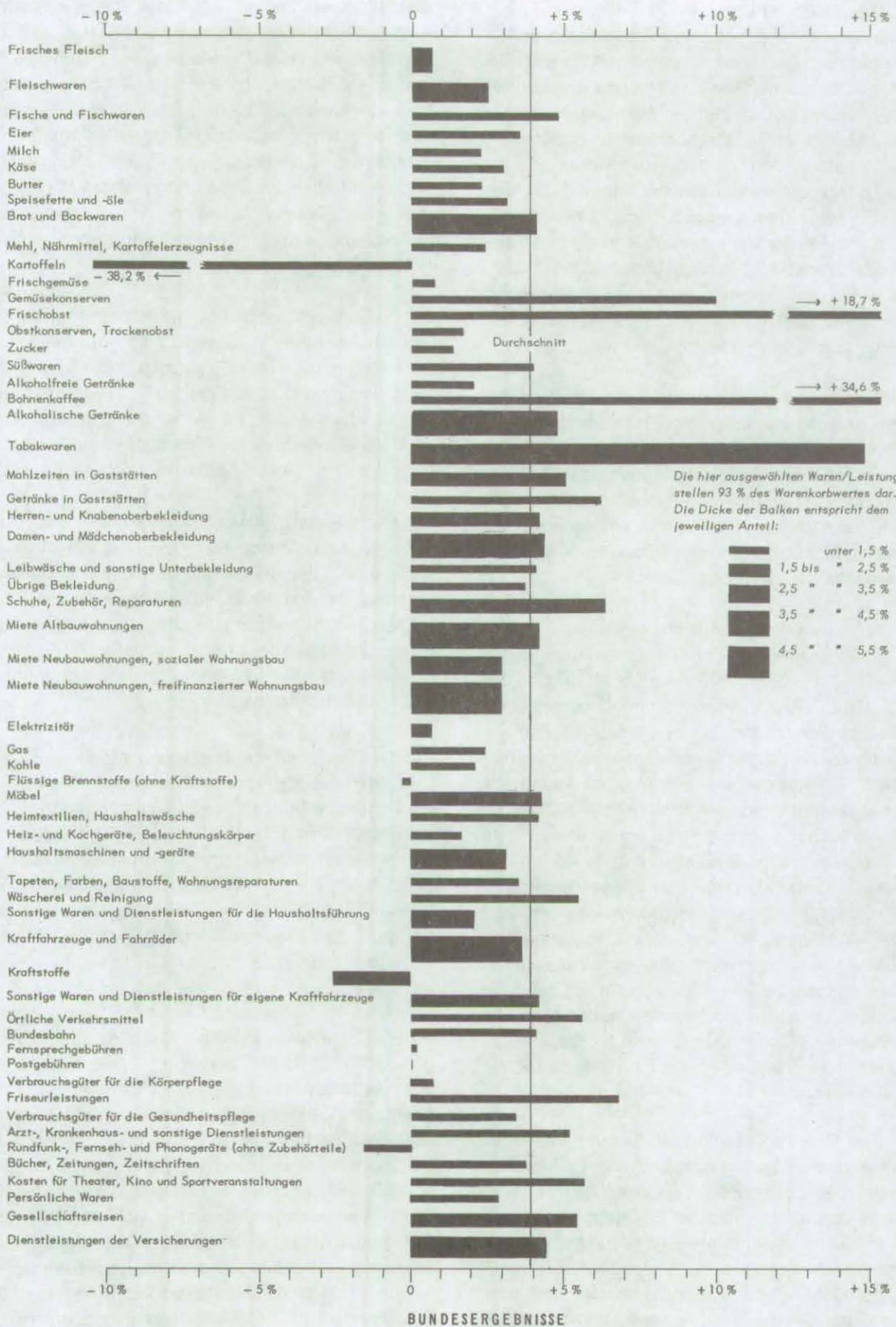
Mit wachsendem Umweltbewußtsein und der Installation leistungsfähiger Klärwerke steigen auch die laufenden Kosten dieser Anlagen, die auf die Benutzer umgelegt werden. Nach Preisanhebungen von 6,4 % für Abwässerbeseitigung im Jahre 1976 erscheint die Steigerungsrate von 14,4 % im Jahre 1977 in der Spitzengruppe der Verteuerungen von kommunalen und quasikommunalen Gebühren.

Aus dem jährlichen Preisanstieg der Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung, der bundesweit die Verbrauchsbudgets um 3,5 % mehr belastete, fällt der Preisanstieg für Bettfedern heraus. Der neuerliche Hang der Amerikaner zum Federbett erzeugte hier einen Nachfragesog auf dem Weltmarkt nach überwiegend aus China importierten Daunen. Nach Steigerungen der Importpreise um 100 % in Jahresfrist zogen die Verbraucherpreise bis 27 % nach.

Deutliche Preissenkungen wurden — wie eingangs erwähnt — insbesondere bei Kartoffeln und Gemüse (Weißkohl — 19,3 %, Rotkohl — 17,6 %) beobachtet. Der Kartoffelpreis gab jahresdurchschnittlich bei Abgabemengen von 2,5 kg der Handelsklasse I um 38 % nach, nachdem er 1976 um 122 % hochgeschwollen war. Auch die Aussetzung des gemeinsamen Zolltarifs der EG für Kartoffeln seit August 1976 hatte das Preisniveau zu Beginn des Jahres 1977 stabilisiert; die Früh- und Spätkartoffelernte dieses Jahres führte dann zu einem Preisstand, der sich im letzten Vierteljahr um 66 % unter dem Vorjahresniveau bewegte. Der Einzelhandel bot Kartoffeln im Dezember zu etwa gleich

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Veränderungen D 1977 gegenüber D 1976



hohen Preisen an wie im gleichen Monat der Jahre 1974 und 1970/71.

Hatten sich 1976 Fleisch und Fleischwaren noch überdurchschnittlich (+ 7,3 %) verteuert, so kam dem Verbraucher die stabile Preisentwicklung im Fleischgroßhandel 1977 zugute. Er bot Rinder- und Schweinehälften zu etwa gleich hohen Jahresdurchschnittspreisen wie 1976 an, so daß den Verbraucherpreisen konkurrenzbedingt nur wenig Veränderungsspielraum blieb. Da diese Warengruppe je nach Haushaltstyp zwischen 5 % bis 11 % der Verbrauchsausgaben im Warenkorb des Preisindex für die Lebenshaltung beansprucht, kommt ihrer Preisentwicklung merkliche Bedeutung für die Gesamtentwicklung zu.

Die auch 1977 wieder unterdurchschnittliche Preissteigerungsrate der Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke beruht zum Teil auf der rückläufigen Entwicklung der Preise für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sowie für Foto- und Kinoapparate. So gaben die Preise dieser Produktgruppe um 1,7 % bundesweit nach. Besonders ausgeprägt war wieder der Preisrückgang bei Phonokomponenten, da sie in besonders hohem Maße von dem kostengünstigen Einsatz der — für die Weltraumfahrt forciert entwickelten — hochintegrierten Halbleitertechnik profitieren.

Ob die im Jahre 1977 erzielte — seit 1970 geringste — jährliche Steigerungsrate für die gesamte Lebenshaltung auch 1978 gehalten oder gar wieder unterschritten wird, kann und soll hier nicht weiter untersucht werden. Sieht der jüngste Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zwar eine Preissteigerungsrate um 3,5 % vor, so ist die Prognose doch von vielen Annahmen zu Löhnen, Ernten, Rohstoffpreisen, Währungsgeschehen, Beschäftigungsgrad u. ä. abhängig. Rein rechnerisch ist die Ausgangslage wiederum

günstiger als im Vorjahr. Der statistische Überhang aus dem Jahre 1977, der sich aus der Differenz zwischen den Indexständen zum Jahresende und dem Jahresdurchschnitt errechnet, beträgt nämlich nur 0,8 %. Selbst wenn die Preise 1978 über den Stand vom Dezember 1977 hinaus nicht weiter steigen würden, ergäbe sich also für 1978 bereits ein Anstieg von 0,8 % gegenüber 1977. Dieses „Preissteigerungserbe“ hatte in den letzten Jahren noch 1,2 %, 1,8 % und 2,4 % (1974) betragen.

In dieses beruhigte Preisklima paßt der Gesetzgeber allerdings die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf 12 % ein. Nach seinem Willen stellt sie eine Verbrauchssteuer dar und soll daher auf die Preise weitergewälzt werden. Sie trifft in der Regel die Nahrungsmittel mit einem Ausgabenanteil im Warenkorb des Preisindex der Lebenshaltung zwischen 18 % und 33 % je nach Haushaltstyp mit dem ermäßigten Satz von 6 %. Verbrauchsbedeutende Positionen, die der Mehrwertsteuer nicht unterliegen, sind Mieten mit einem Anteil zwischen 12 % und 20 %.

Neben den Verbrauchsausgaben kennt der Haushalt Ausgaben, die der Statistiker nicht dem privaten Verbrauch zuordnet. Hierzu gehören direkte Steuern und gesetzliche Sozialabgaben. Eine Veränderung dieser Abgaben schlägt sich nicht im Preisindex der Lebenshaltung nieder, der nur die Preisveränderungen des statistisch definierten privaten Verbrauchs messen soll. Das Haushaltsbudget wird dagegen von diesen Ausgaben selbstverständlich belastet. Auch 1978 werden die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung infolge angehobener Beitragsbemessungsgrenzen weiter steigen.

Gerd Scheel

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht M I 2 — /177

Wo studieren die Schleswig-Holsteiner?

Über die Studenten, die an den Hochschulen in Schleswig-Holstein studieren, ist an dieser Stelle und in anderen Veröffentlichungsreihen¹ wiederholt berichtet

1) Aktuelle Daten liefert der Statistische Bericht „Die Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein im Wintersemester 1977/78“

worden. Für die Hochschulplanung des Landes sind in erster Linie Aussagen über das Studienverhalten dieser Studenten von Bedeutung. Die mit dem Stichwort Numerus clausus charakterisierte Situation an den Hochschulen verlangt, die Hochschulkapazitäten des gesamten Bundesgebietes für die Studienberechtigten aus allen Bundesländern optimal zu nutzen. Damit

rückte u. a. die Frage in den Vordergrund, an welchen Hochschulen die „Landeskinder“ studieren. Hinweise auf die „Bildungswanderung“ der Schleswig-Holsteiner soll dieser Aufsatz geben. Dazu werden die Bundesergebnisse der Studentenstatistik herangezogen. Durch Umstellungsschwierigkeiten im Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm ergaben sich Verzögerungen für die bundeseinheitliche Aufbereitung der Daten, so daß über die Bildungswanderung der Studenten erst aus dem Wintersemester 1975/76 berichtet werden kann². Da sich jedoch die Präferenz für Studienorte nicht sprunghaft ändert, gelten die beschriebenen Ergebnisse auch über dieses Berichtsemester hinaus.

Bei der Darstellung der Bildungswanderung der Studenten wird von der Beziehung zwischen dem ständigen Wohnort und dem Studienort (Hochschulort) ausgegangen. Als ständiger Wohnort gilt hier die Heimatanschrift des Studenten, in der Regel der Wohnsitz der Eltern. Wenn Studenten, zum Beispiel verheiratete oder solche, die ihre Unabhängigkeit vom Elternhaus dokumentieren wollen, die Semesteranschrift und damit den Studienort als Heimatanschrift angeben, kann das im Einzelfall zu Fehldeutungen führen. In diesem Zusammenhang ist auch auf den besonderen Status von Berlin (West) hinzuweisen, der für manche „Nichtberliner“ Anlaß sein kann, diese Stadt kurzfristig zum ständigen Wohnsitz zu erklären. Aufgrund solcher Fälle wird die Bildungswanderung tendenziell zu niedrig ausgewiesen, aber sicher in einem so geringen Maße, daß die generellen Aussagen nicht in Frage gestellt werden müssen.

Die vorliegenden Zahlen umfassen nur deutsche Studenten, die voll immatrikuliert sind; Gast- und Nebenhörer sowie beurlaubte Studenten bleiben unberücksichtigt. In die Erhebung sind alle Hochschularten eingegangen, nämlich die Universitäten (einschließlich technische Hochschulen), Gesamthochschulen, die pädagogischen und theologischen Hochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen.

Im Wintersemester 1975/76 studierten an den Hochschulen im Bundesgebiet 788 704 deutsche Studenten. Darunter hatten 27 286 Studenten (3 %) ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein. Mit einem Anteil von 31 % war Nordrhein-Westfalen das Land, das die meisten Studenten beheimatete. Zusammen mit Baden-Württemberg (14 %) und Bayern (14 %)

kamen damit aus diesen drei Bundesländern über die Hälfte (59 %) aller deutschen Studenten.

Ständiger Wohnsitz in	Studenten	Anteil in %
Schleswig-Holstein	27 286	3
Hamburg	22 349	3
Niedersachsen	85 937	11
Bremen	10 173	1
Nordrhein-Westfalen	243 114	31
Hessen	74 969	10
Rheinland-Pfalz	46 796	6
Baden-Württemberg	113 606	14
Bayern	108 599	14
Saarland	15 467	2
Berlin (West)	36 029	5
außerhalb des Bundesgebietes ohne Angabe	1 999 2 380	0 0
Bundesgebiet	788 704	100

Von den 27 286 Schleswig-Holsteinern studierten 13 211 (48 %) an einer Hochschule im Heimatland. In diesem Zusammenhang wird häufig von der territorialen Bildungsseßhaftigkeit gesprochen, worunter der Anteil der Studenten verstanden wird, die eine Hochschule im Territorium - hier: im Bundesland - ihres ständigen Wohnsitzes besuchen. Diese an politischen Grenzen orientierte Definition führt dazu, daß der Einzugsbereich einer zwar benachbarten, aber jenseits der Grenze liegenden Hochschule unberücksichtigt bleibt, so daß sich für die heimischen Studenten eine mindere „Seßhaftigkeit“ errechnet. Am Beispiel der Schleswig-Holsteiner, die in Hamburg studierten, wird das im übernächsten Abschnitt deutlich. Dennoch: Im Vergleich zu anderen Bundesländern war die schleswig-holsteinische Quote gering, was auf eine überproportional hohe Wanderung der im nördlichsten Bundesland beheimateten Studenten hinweist. Nur die Bremer Studenten (37 %) und die Kommilitonen aus Rheinland-Pfalz (46 %) zeichneten sich durch eine noch geringere Bildungsseßhaftigkeit als die Schleswig-Holsteiner aus.

Diese Zahlen gewinnen an Aussage, wenn man weiß, daß im Bundesdurchschnitt 75 % der rund 790 000 Studenten im Heimatland studierten. Studenten aus Niedersachsen (60 %), Saarland (63 %) und Hessen (71 %) waren demnach zwar „mobiler“ als der Durch-

2) Nach Fertigstellen dieses Aufsatzes erschien die entsprechende Aufbereitung für das Sommersemester 1976 in „Bildung und Kultur“, Fachserie 11, Studenten an Hochschulen, Hrsg.: Statistisches Bundesamt

schnittsstudent, doch bildungsseßhafter als die Schleswig-Holsteiner. Die geringste Neigung zur Bildungswanderung kann den Berlinern nachgesagt werden. Von den etwa 36 000 in Berlin beheimateten Studenten waren 92 % an den Hochschulen dieser Stadt eingeschrieben. Diese hohe Quote der Bildungsseßhaftigkeit wird sicher auch durch den bereits erwähnten Vorteil begünstigt, den Studenten erlangen, wenn sie Berlin als ständigen Wohnsitz angeben. Die Hochschulen in Bayern (87 %), Nordrhein-Westfalen (84 %), Baden-Württemberg (83 %) und Hamburg (81 %) werden ebenfalls überwiegend von Landeskindern besucht.

Eine Vermutung, daß Frauen, wenn überhaupt, dann an der Hochschule „vor der Tür“ studieren, um ihre Ausbildungskosten in Grenzen zu halten, bestätigt sich anhand dieser Zahlen nicht. In einigen Fällen ist sogar die Bildungsseßhaftigkeit der weiblichen Studenten geringer als die der Männer. Im Bundesdurchschnitt studierten im Wintersemester 1975/76 genau soviel Frauen im Heimatland, wie bei den männlichen Studenten beobachtet werden konnte: 76 % der rund 270 000 Studentinnen hatten sich an Hochschulen des Bundeslandes ihres ständigen Wohnsitzes eingeschrieben.

Wo blieben nun die 14 075 in Schleswig-Holstein beheimateten Studenten, die nicht im nördlichen Bundesland studieren? Sie verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet, doch werden offensichtlich bestimmte Studienorte bevorzugt. So studierten an Hamburger Hochschulen allein 6 343 Schleswig-Holsteiner, das sind 45 % der 14 000 „exportierten“ Studenten und 23 % aller in Schleswig-Holstein beheimateten Studenten. Sicher spielt die Wertschätzung der Hansestadt Hamburg als Weltstadt eine wesentliche Rolle dafür, daß so viele Studenten aus Schleswig-Holstein dort studieren. Bedeutender ist aber wohl die Nähe der Hamburger Hochschulen für viele Schleswig-Holsteiner. Das wird durch folgende Zahlen verdeutlicht: In den Hamburger Randkreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg hatten 6 983 Studenten ihren ständigen Wohnsitz. Darunter waren 3 778 Studenten (54 %), die an Hochschulen in Hamburg studierten und nur 999 Studenten (14 %), die an Kieler Hochschulen eingeschrieben waren. Da die Hochschulen in beiden Städten sehr ähnliche Ausbildungsinhalte aufweisen, kann aus dem 4mal höheren Anteilswert Hamburgs geschlossen werden, daß die geringere Entfernung der ausschlaggebende Grund war. Fahrkosten, Kosten der Lebenshaltung und persönliche Bindungen mögen hierzu beitragen. So erklärt sich dann auch der ebenfalls recht hohe Anteil

Schleswig-Holsteiner, die an Hochschulen in Niedersachsen studieren: im Wintersemester 1975/76 waren es 2 547 Studenten. In diesem Falle wird die Bildungswanderung allerdings nicht nur durch die größere Nähe des Hochschulortes erklärt. Vielmehr muß als weiterer wichtiger Anlaß, in Niedersachsen zu studieren, auch das begrenzte Bildungsangebot im Heimatland gesehen werden. Jedes Bundesland hat zwar mindestens eine Universität, aber — wie zum Beispiel Schleswig-Holstein — nicht auch eine Technische Hochschule. Die zukünftigen Diplom-Ingenieure aus Schleswig-Holstein können sich an den Technischen Universitäten in Braunschweig und Hannover als den für sie nahe gelegenen Hochschulen ausbilden lassen. An diesen beiden Hochschulen studierten im beschriebenen Wintersemester 779 Schleswig-Holsteiner Ingenieurwissenschaften, was 31 % der schleswig-holsteinischen Studenten in Niedersachsen entspricht. Hinsichtlich des Studienangebots gelten ähnliche Überlegungen für ein Studium in Berlin (West). Von den 2 059 Studenten aus Schleswig-Holstein, die an Berliner Hochschulen eingeschrieben waren, studierten 454 (22 %) an der Technischen Hochschule Berlin Ingenieurwissenschaften. Ein Studium in Berlin reizt aber vor allem — ähnlich wie Hamburg — wegen der weltstädtischen Ausstrahlung und des besonderen Status dieser Stadt und weniger durch eine besonders günstige Verkehrslage für Schleswig-Holsteiner.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß durch das Zusammenwirken der drei Motive zur Bildungswanderung — Nähe des Hochschulortes, begrenztes Studienangebot im Heimatland und subjektive Wertschätzung des Hochschulortes — 79 % der Schleswig-Holsteiner, die außerhalb der eigenen Landesgrenze studierten, Hochschulen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen oder Berlin (West) besuchten. Über den norddeutschen Raum hinaus wählten die Studenten aus Schleswig-Holstein vor allem Studienorte in Nordrhein-Westfalen (931 Studenten), Baden-Württemberg (811 Studenten), Hessen (628 Studenten) oder Bayern (442 Studenten). Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Beliebtheit einiger Städte als Hochschulort für Schleswig-Holsteiner. Außerhalb des norddeutschen Raumes studierten im Wintersemester 1975/76 in Marburg 277 Studenten, in Freiburg 259 Studenten, in München 250 Studenten und in Heidelberg und Münster je 178 Studenten. Offensichtlich überwiegt die subjektive Wertschätzung dieser Städte die Nachteile der großen Entfernung.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, wo im Wintersemester 1975/76 die Schleswig-Holsteiner die verschiedenen Hochschularten besuchten:

Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein

Land der Hochschule	insgesamt	davon an			
		Universitäten ¹	pädagogischen Hochschulen	Fachhochschulen	Kunst-/Musikhochschulen
Schleswig-Holstein	13 211	7 094	3 440	2 553	124
Hamburg	6 343	5 113	-	1 043	187
Niedersachsen	2 547	1 896	413	193	45
Bremen	134	72	-	62	-
Nordrhein-Westfalen	931	703	81	110	30
Hessen	628	570	-	51	3
Rheinland-Pfalz	128	110	8	10	-
Baden-Württemberg	811	657	70	71	13
Bayern	442	397	-	35	9
Saarland	52	48	2	2	-
Berlin (West)	2 059	1 575	162	247	66
Insgesamt	27 286^a	18 235	4 176	4 377	477

1) einschließlich technische Hochschulen und andere gleichrangige Hochschulen

a) darunter 21 Studenten ohne Angabe

Die Universitäten sind die bevorzugten Ausbildungsstätten der Studenten. Zum Wintersemester 1975/76 hatten sich von den 790 000 deutschen Studenten im Bundesgebiet knapp 560 000 Studenten (71 %) an diesen traditionellen Hochschulen immatrikuliert. Die früheren Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen, die 1970 als Fachhochschulen in den Hochschulbereich aufgenommen wurden, besuchten fast 140 000 Studenten (18 %). An den pädagogischen Hochschulen studierten gut 78 000 Studenten (10 %), wobei berücksichtigt werden muß, daß in einigen Bundesländern die pädagogischen Hochschulen in Universitäten integriert sind. Die übrigen 15 000 Studenten (2 %) waren an theologischen und Kunsthochschulen eingeschrieben.

Eine ähnliche Priorität gegenüber den verschiedenen Hochschularten gilt auch für die schleswig-holsteinischen Studenten, wie die Ergebnisse der Tabelle zeigen: Von den rund 27 300 Schleswig-Holsteinern studierten gut 18 200 (67 %) an Universitäten, knapp 4 400 Studenten (16 %) an Fachhochschulen, rund 4 200 Studenten (15 %) an pädagogischen Hochschulen und weitere 500 Studenten (2 %) an Kunst- oder Musikhochschulen. Durch das Verhältnis der Nachfrage nach einem Studium an einer der vier Hochschularten zu dem entsprechenden Angebot dieser Hochschulen im eigenen Land ergeben sich Unterschiede in der Notwendigkeit, außerhalb zu studieren.

Über 7 000 in Schleswig-Holstein beheimatete Studenten, das sind 39 % aller schleswig-holsteinischen Universitätsstudenten, besuchten die Universität Kiel und die Medizinische Hochschule Lübeck. Das eigene Angebot von Fachhochschulen wurde im Wintersemester 1975/76 von gut 2 500 Landeskindern genutzt und damit von mehr als der Hälfte (58 %) der knapp 4 400 Fachhochschulstudenten aus Schleswig-Holstein. Am bodenständigsten sind die Studenten der pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg: 82 % der etwa 4 200 Schleswig-Holsteiner studierten im Heimatland. Schließlich war jeder Vierte (26 %) Schleswig-Holsteiner, der irgendwo im Bundesgebiet eine Kunst- oder Musikhochschule besuchte, an der Musikhochschule Lübeck eingeschrieben.

Die Tabelle zeigt weiterhin, in welchem anderen Bundesland die Schleswig-Holsteiner die verschiedenen Hochschulen aufsuchen. Die statistische Verteilung wird ähnlich begründet sein, wie es bereits für die Gesamtheit der Studenten ausgeführt wurde: Schleswig-Holsteiner studieren im gesamten Bundesgebiet, vorausgesetzt, die entsprechende Hochschulart steht zur Verfügung. Wenn die Tabelle zum Beispiel ausweist, daß kein Student an einer pädagogischen Hochschule in Hamburg studiert, so heißt das keineswegs, daß kein Schleswig-Holsteiner in Hamburg zum Lehrer ausgebildet wird. Die Lehrerausbildung findet in Ham-

burg an der Universität statt, an der sich immerhin im Wintersemester 1975/76 über 2 000 Schleswig-Holsteiner auf die Lehramtsprüfung vorbereiteten.

Zum Schluß noch ein paar Zahlen, die den Zusammenhang zwischen Bildungswanderung und Studieninhalt verdeutlichen sollen. Es konnte festgestellt werden, daß 48 % der 27 300 Schleswig-Holsteiner an Hochschulen im Heimatland studierten. Ähnlich hoch lagen die Anteile bei den schleswig-holsteinischen Studenten, die einen Abschluß in Theologie (46 %), Medizin (49 %) oder Naturwissenschaften (50 %) anstrebten. Innerhalb der medizinischen Fächer zeigen sich jedoch Unterschiede: Von den zukünftigen Zahnmedizinern bevorzugten 54 % ein Studium in Schleswig-Holstein, von den Studenten der allgemeinen Medizin waren 52 % an der Christian-Albrechts-Universität oder an der Medizinischen Hochschule Lübeck eingeschrieben; der Nachwuchs der Tierärzte muß dagegen an Hochschulen außerhalb Schleswig-Holsteins ausgebildet werden, da ein Studium der Veterinärmedizin im Lande nicht möglich ist.

Wie bereits erwähnt, ist die Notwendigkeit zur Bildungswanderung für ein Studium der Ingenieurwissenschaften immer dann gegeben, wenn die Schleswig-Holsteiner anstatt an Fachhochschulen, die auch in Schleswig-Holstein ein breit angelegtes Lehrangebot aufweisen, das Diplom an technischen Hochschulen oder Universitäten anstreben. Ähnliche Überlegungen gelten für schleswig-holsteinische Studenten der Wirtschaftswissenschaften, wenn sie Diplom-Kaufmann werden wollen. So erklärt es sich, daß in den Wirtschaftswissenschaften und Ingenieurwissenschaften jeweils nur 38 % der Schleswig-Holsteiner im Heimatland studierten. In den Geistes- und Sprachwissenschaften beträgt der vergleichsweise Anteil sogar nur 37 %. Für den hohen „Export“ von schleswig-holsteinischen Studenten, die außerhalb der Landesgrenze ein Studium in dieser Fächergruppe aufnehmen, fehlt eine eindeutige Erklärung, so daß diese Bildungswanderung durch subjektive Motive besonders erklärt werden muß. Schließlich gibt es Gruppen von Fächern, die sich durch einen hohen Anteil heimischer Studenten auszeichnen. Land- und Forstwissenschaften studierten insgesamt gut 600 Schleswig-Holsteiner, von denen 65 % an der Kieler Universität oder an der Fachhochschule in Rendsburg eingeschrieben waren. Hier wirkt sich offensichtlich das im Vergleich zu anderen Bundesländern umfassende Angebot an agrarwissenschaftlichen Einrichtungen auf das Verhalten der Studenten aus. Auch die Studenten, die Lehrer werden wollen, bevorzugen die Hochschule im Land ihres ständigen Wohnsitzes. Von den rund 9 500 schleswig-holsteini-

schen Lehrerstudenten studierten weit über die Hälfte (57 %) in Kiel oder Flensburg.

An dieser Stelle muß ein weiteres Argument für die Wahl des Hochschulortes genannt werden, nämlich die Entscheidung, wo später der Beruf ausgeübt werden soll. So ist zum Beispiel beim Lehrerberuf die Ausbildung eng mit den Modalitäten der Praxis verknüpft und aufgrund der Kulturhoheit der Länder nicht bundeseinheitlich. Das kann dazu führen, daß es vorteilhaft ist, dort zu studieren, wo man auch später als Beamter Lehrer werden will. Mit Abstrichen gilt das auch für die Juristen, denen neben der Beschäftigung im öffentlichen Dienst u. a. noch der Weg als Rechtsanwalt offensteht. Immerhin studierten von den knapp 1 900 Studenten der Rechtswissenschaften mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein 55 % in Kiel.

Es ist hier versucht worden, etwas über die Bildungswanderung der Schleswig-Holsteiner auszusagen. Gegenüber den Studenten aus anderen Bundesländern besuchen die Studenten aus dem Norden stärker Hochschulen außerhalb ihres Heimatlandes. Jedoch hat die Neigung, anderswo zu studieren, etwas nachgelassen. Im Wintersemester 1960/61 hatten sich 42 % der schleswig-holsteinischen Studenten an einer Hochschule in Schleswig-Holstein eingeschrieben, 1967/68 betrug dieser Anteil bereits 46 % und war damit genau so hoch wie 1970/71. Er stieg dann von 47 % auf 48 % im Wintersemester 1975/76.

Die Bestimmungsgrößen zur Bildungswanderung sind vielschichtig. Da sind - wie bereits erwähnt - die räumliche Entfernung zwischen Heimat- und Hochschulort, der Umfang des Bildungsangebots im Heimatland und die subjektive Einschätzung des Bildungs- und des Freizeitwertes des Hochschulortes zu nennen. Aber auch das persönliche Verhältnis zum Elternhaus kann maßgeblich für die Mobilität der Studenten sein. Außerdem wurden noch Überlegungen zu den landesinternen Anforderungen bei der späteren Berufsausübung als Erklärung herangezogen. Damit sind noch nicht alle Motive zur Bildungswanderung genannt. Sicher wirken sich auch die soziale Herkunft und der bisherige Bildungsweg einschließlich etwaiger Berufserfahrungen auf die Mobilität der Studenten aus. Schließlich wird der Student durch die unterschiedlichen Lehrmeinungen und inhaltlichen Anforderungen in den einzelnen Studiengängen zur Bildungswanderung angeregt.

Bei allen Bemühungen, Gründe und Richtung der Bildungswanderung sichtbar zu machen, darf der Einfluß des Numerus clausus nicht übersehen werden. Durch das Zulassungsverfahren wird in vielen Fällen zum

Beispiel die erste Wahl des Studienortes und damit die freie Entscheidung, wo man studiert, verhindert. Das Datenmaterial sagt nichts darüber aus, ob der Student seinen Studienwunsch ändert, nur um sich an

einer bestimmten Hochschule zu immatrikulieren, oder ob er versuchen wird, an irgendeiner Hochschule seine ursprünglichen Studienvorstellungen zu verwirklichen.

Friedrich-Karl Wormeck

Abfalldaten der Wirtschaft 1975

Mit Hilfe der Erhebungen, die das Gesetz über die Umweltstatistiken vom 15. August 1974 vorschreibt, sollen Art und Umfang der Umweltbelastungen in den Bereichen Abfall und Wasser/Abwasser festgestellt werden. Außerdem werden aufgrund dieses Gesetzes bei produzierenden Unternehmen und Betrieben die Investitionen und die Gebühren und Beiträge für den Umweltschutz ermittelt, um auch aufzuzeigen, welche Aufwendungen die Unternehmen in diesem Zusammenhang leisten. Die Erhebungen im Abfallbereich sind im Rhythmus von zwei Jahren jeweils für die Kalenderjahre ungerader Zahl durchzuführen. Sie erstrecken sich auf die öffentliche Abfallbeseitigung, auf das Abfallaufkommen und seine Beseitigung bei den gewerblichen Abfallerzeugern sowie auf gewerblich betriebene Abfallbeseitigungsanlagen der privaten Wirtschaft.

Die ersten Statistiken waren für 1975 zu erstellen. Im folgenden werden die Ergebnisse der Erhebung über die Abfallerzeugung und -beseitigung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen dargestellt. Diesen Erhebungsbereich kann man mit einiger Unschärfe als „gewerblich“ bezeichnen. Der Gesetzgeber hatte die Absicht, nur die für die Umweltbelastung relevanten Abfallerzeuger zu erfassen, wobei die nach jeweils unterschiedlichen Kriterien als unbedeutend erachteten Betriebe nicht befragt wurden. Der Berichtskreis der Erhebung umfaßt die nachstehenden Gruppen von Unternehmen.

Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes sind also mit Ausnahme der Elektrizitätserzeugung und Wassergewinnung die zur Abfallbeseitigung befragten Betriebe auch zu den laufenden Konjunkturstatistiken meldepflichtig. Bei der Weiterentwicklung der Abfallstatistiken erstrebt man, die Grundlagen für das Aufstellen einer „Abfallbilanz“, das heißt einer Gegenüberstellung von Abfallaufkommen und Beseitigungsvolumen, zu verbessern und wirtschaftssystematische und produktionsbezogene Abfallrelationen zu ermitteln. In diesem Aufsatz werden erstmals Ergebnisse für einen

Wirtschaftliche Tätigkeit	Auswahl
Produzierendes Gewerbe	
Elektrizitätserzeugung	Kraftwerke von Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung
Wassergewinnung	Wasserversorgungsunternehmen mit einem Wasseraufkommen von 100 000 m ³ und mehr
Bergbau	Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen
Verarbeitendes Gewerbe	Industriebetriebe sowie Handwerksunternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen
Bauhauptgewerbe	Betriebe (Industrie und Handwerk) mit 20 und mehr tätigen Personen
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	Handwerksunternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen
Einzelhandel	Betriebe von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 25 Mill. DM und mehr
Verkehr	
Straßenpersonenbeförderung	kommunale, gemischtwirtschaftliche und Privatunternehmen mit 10 und mehr Fahrzeugen
Straßengüterverkehr	Gütertransportunternehmen mit 10 und mehr Fahrzeugen
Flugplätze	internationale Großflughäfen für die zivile Luftfahrt (in Schleswig-Holstein nicht vorhanden)
Bestimmte Anstalten und Einrichtungen	
Krankenhäuser	alle
Schlachthöfe	alle kommunalen und gewerblichen Schlachthöfe und -häuser
Tierkörperbeseitigungsanstalten	alle
(wirtschaftssystematisch dem Verarbeitenden Gewerbe zugehörig)	

so umfangreichen Erhebungsbereich und Merkmalkatalog und in so tiefer regionaler, wirtschafts- und abfallsystematischer Gliederung vorgelegt. Sie sind deshalb von erheblicher Bedeutung für umweltbezogene Planung.

Die Umweltstatistiken stellen ein Novum dar, weil sie den Berichtspflichtigen auch quantitative und qualitative Angaben abverlangen, die weder aus dem Rechnungswesen noch aus anderen Unterlagen entnommen werden können. Eine Abfallstatistik ist zumindest zur Zeit noch weitgehend auf Schätzungen angewiesen. Auch ist Abfall bezüglich des Aggregatzustands, des stofflichen Charakters und damit der Gefährlichkeit und notwendigen Behandlungs- und Beseitigungsform enorm vielfältig und stellt deshalb die Statistik bei der erforderlichen Klassifizierung vor erhebliche Probleme. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden und Instituten wurde als Vorläufer einer noch zu verfeinernden und zu aktualisierenden Abfallsystematik ein System von 42 branchenspezifischen Katalogen mit jeweils etwa 15 bis 20 Abfallarten erarbeitet. Um die nötige Klassifizierung „vor Ort“ durch den Auskunftspflichtigen zu ermöglichen und zu veranlassen, wurden entsprechend diesem Katalogsystem 42 verschiedene, jeweils nur auf bestimmte Wirtschaftszweige ähnlicher Abfallstruktur bezogene Erhebungsbogen versandt. Ein Teil der vorgegebenen Abfallarten war allgemeiner Natur wie „Küchenabfälle“ oder „Kehricht, Blumen- und Gartenabfälle“. Nur in Ausnahmefällen mußte mangels geeigneter Klassifizierung der Abfall als „sonstiger“ bezeichnet werden. Durch die Kombination von Katalog und dessen Feinaufteilung ergaben sich erhebungstechnisch etwa 500 verschiedene mögliche Abfallarten, die angesichts der Heterogenität des Abfallaufkommens bereits Zusammenfassungen darstellen und für branchenbezogene Spezialauswertungen verfügbar sind. Unter diesen 500 Arten gibt es allerdings Ähnlichkeiten und Überschneidungen zwischen den einzelnen Katalogen. Für allgemeinere Beurteilungen der Abfallproblematik wird durch eine Aggregation zu 20 Abfallgruppen das Material überschaubar dargestellt.

Mit der Vorgabe bestimmter Abfallarten sollte auch einer möglichen Unsicherheit der Ausfüllenden entgegengewirkt werden, was denn eigentlich Abfall sei. Zu dieser Frage und der damit verbundenen, wie die an den Altstoffhandel gehenden und die innerhalb oder außerhalb des Betriebes wiederverwendeten Recycling-Stoffe anzusehen seien, gibt es mehrere mögliche Antworten¹. Im Interesse der Einheitlichkeit der Ergebnisse hatte man sich für 1975 dafür entschieden, jene Stoffe als Abfall zu bezeichnen, die der Betrieb selbst als Abfall ansieht, deren er sich im Sinne des § 1 Abs. 1 Abfallbeseitigungsgesetz entledigen will

1) Vgl. H. Baltus und W. Nowak, Umweltstatistik — ein Instrument der Umweltplanung, Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1974

und für deren Beseitigung ihm Kosten entstehen. Im Erhebungsbogen wurde folgende Erläuterung gegeben: „Unter Abfällen sind alle in einem Betrieb anfallenden nicht verkaufsfähigen, nicht wieder in den Produktionsprozeß des Betriebes einsetzbaren (Kreislaufstoffe) und auch nicht anderweitig im Betrieb verwendbaren Stoffe zu verstehen. Es kann sich sowohl um feste als auch um flüssige (nicht in den Vorfluter leitbare) und pastöse Stoffe (Schlämme aller Art) sowie gefaßte Gase handeln.“

Trotz der geschilderten Antwortvorgaben und trotz eines rechtzeitigen Hinweises an die Betriebe, ihre Abfalldaten zu ermitteln und zu sammeln, standen die Auskunftspflichtigen erwartungsgemäß vor erheblichen Problemen: Die Volumenermittlung wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die unterschiedlichen Formen und Techniken der Abfallbeseitigung auch unterschiedliche Verdichtungsgrade bei der Lagerung und beim Transport bedingen. Der Erhebungsbogen war deshalb präzisierend entweder auf das unverdichtete Schüttvolumen oder — nach dem Ausstoß aus verdichtenden Müllfahrzeugen — auf das freie Schüttvolumen abgestellt. Nur zum Teil konnten wie gefordert sowohl Gewicht als auch Volumen der Abfälle angegeben werden. Wo eine der beiden Größen fehlte, konnte sie mit Hilfe spezifischer Abfallgewichte errechnet werden, die aus den vollständigen Angaben ermittelt worden waren. Die Zuverlässigkeit der vorliegenden Ergebnisse wird abschließend wohl erst beurteilt werden können, wenn für 1977 vergleichbare Ergebnisse vorliegen.

Die Problematik aber, für die Abfälle eine geeignete Dimension einheitlich vorzugeben, wird auch schon bei den vorliegenden Ergebnissen deutlich: Die am Gewicht oder Volumen gemessenen Anteile der Abfallgruppen stehen erwartungsgemäß meist in diametralem Gegensatz zu ihrer Bedeutung für die Umweltbelastung. Die erfaßten Werte können zur Planung abfalltechnischer Kapazitäten beitragen, aber für ökologische oder umwelttoxikologische Aussagen wäre erst eine Gewichtung mit der abfallspezifischen Schädlichkeit nötig. Die Schädlichkeit läßt sich aber nicht wie im Abwasserbereich in standardisierten Meßgrößen ausdrücken. Die Erfäßbarkeit von Abfalldaten hat — zumindest bei einem so weit gefaßten Bereich — mit der vorliegenden Erhebung wohl ohnehin ihre Grenzen erreicht. Es muß den Fachleuten überlassen bleiben, das Material diesbezüglich weiter zu analysieren. Trotz aller dargelegten Vorbehalte bringt uns diese Erhebung eine Fülle von Fakten, deren Sichtung bisher nicht vorhandene Möglichkeiten der Umweltplanung erschließt.

**Betriebe mit und ohne eigene Anlagen zur Abfallbeseitigung und deren Abfallmengen
in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Jahre 1975**

Wirtschaftszweig	Erfasste Betriebe	Abfallmenge in t	Betriebe					
			ohne Anlagen zur Abfallbeseitigung			mit Anlagen zur Abfallbeseitigung		
			Betriebe	Abfallmenge in t	Betriebe	Abfallmenge in t	zusammen	in eigenen Anlagen beseitigt
Produzierendes Gewerbe	2 269	2 167 196	2 001	1 317 985	268	849 211	717 534	131 677
Energie- und Wasserversorgung	106	25 018	101	6 987	5	18 031	1 244	16 787
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1 384	586 270	1 214	307 109	170	279 161	234 730	44 431
Grundstoffe und Produktionsgüter	246	301 982	196	114 758	50	187 224	170 181	17 043
dar. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	109	123 698	89	50 406	20	73 292	72 768	524
Gießerei	12	60 930	8	9 590	4	51 340	50 588	752
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	28	3 095	27	.	1	.	.	.
Chemische Industrie	61	30 275	51	14 206	10	16 069	8 281	7 788
Holzbearbeitung	13	8 923	6	1 643	7	7 280	7 005	275
Gummiverarbeitung	11	2 035	11	2 035	-	-	-	-
Investitionsgüter	539	138 138	497	86 294	42	51 844	35 935	15 909
dar. Maschinenbau	174	58 190	159	18 723	15	39 467	34 595	4 872
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	129	7 609	121	7 302	8	307	59	248
Schiffbau	29	43 527	26	43 508	3	19	4	15
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	80	14 510	74	7 902	6	6 608	1 162	5 446
Eisen-, Blech- und Metallwaren	47	8 355	43	5 612	4	2 743	39	2 704
Verbrauchsgüter	332	62 866	280	43 722	52	19 144	10 949	8 195
dar. Holzverarbeitung	75	10 752	37	2 267	38	8 485	4 196	4 289
Papier- und Papierverarbeitung	31	6 922	28	5 905	3	1 017	736	281
Druckerei, Vervielfältigung	80	12 175	77	11 921	3	254	20	234
Kunststoffwaren	49	16 223	48	.	1	.	.	.
Textilgewerbe	32	3 567	30	.	2	.	.	.
Bekleidungs-gewerbe	44	2 604	42	.	2	.	.	.
Nahrungs- und Genußmittel	261	80 423	237	62 193	24	18 230	14 953	3 277
dar. Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	43	6 295	41	.	2	.	.	.
Obst- und Gemüseverarbeitung	9	18 614	8	.	1	.	.	.
Molkerei, Käserei, Dauermilch, Milchpräparate, Schmelzkäse	37	4 239	27	3 265	10	974	425	549
Fleischwarenindustrie (ohne Talgschmelzen)	51	12 519	48	11 644	3	875	90	785
Fischverarbeitung	23	9 628	23	9 628	-	-	-	-
Baugewerbe	779	1 555 908	686	1 003 889	93	552 019	481 560	70 459
Bauhauptgewerbe	602	1 550 995	512	999 007	90	551 988	481 556	70 432
dar. Hoch- und Tiefbau	57	129 887	48	76 580	9	53 307	39 063	14 244
Hochbau	318	320 217	279	271 467	39	48 750	36 326	12 424
Tiefbau	85	581 314	67	236 531	18	344 783	308 787	35 996
Straßenbau	89	510 397	74	406 267	15	104 130	97 253	6 877
Zimmerei und Dachdeckerei	36	7 662	31	6 700	5	962	119	843
Ausbaugewerbe	177	4 913	174	4 882	3	31	4	27
dar. Bauinstallation	131	2 408	129	.	2	.	.	.
übriges Ausbaugewerbe	46	2 505	45	.	1	.	.	.
Handel, Verkehr, Dienstleistungen								
Einzelhandel	608	35 063	606	.	2	.	.	.
Straßenverkehr	84	13 146	77	2 929	7	10 217	8 851	1 366
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien	128	17 861	45	4 611	83	13 251	6 424	6 827
Schleswig-Holstein	3 089	2 233 266	2 729	1 359 094	360	874 173	733 160	141 013

Abfallaufkommen und innerbetriebliche Entsorgung

Für die Planung öffentlicher Abfallbeseitigungskapazitäten ist es von entscheidender Bedeutung zu wissen, in welchem Umfang und auf welche Weise die gewerbliche Wirtschaft für die Beseitigung ihrer Abfälle selbst Sorge trägt. Je nach Abfall- und Beseitigungsart kann von den behördlichen Abfallplanern die Eigeninitiative oder die Übernahme in die öffentliche Entsorgung gewünscht oder gar vorgeschrieben sein. Die betrieblichen Abfallbeseitigungsanlagen und deren Anteil an der Entsorgung sind deshalb ebenfalls Gegenstand der Abfallstatistik. Art, Ausstattung und Kapazität der öffentlichen und der betriebseigenen Anlagen waren zur Vorbereitung der Erhebung 1975 Gegenstand einer sogenannten Vorwegerhebung, die eine Momentaufnahme zum 1. Januar 1975 bietet².

Der Begriff „Abfallbeseitigungsanlage“ ist gebräuchlich geworden, obwohl mit ihm ein gewisses Wunschenken verbunden ist: In einer Deponie werden, wie es dieser Name auch ausdrückt, die Abfälle nur endgültig gelagert und nicht beseitigt. Die damit verbundene Änderung der Geländegestalt kann allerdings durchaus erwünscht oder sogar Teil einer vorgeschriebenen Rekultivierungsmaßnahme sein (zum Beispiel Wiederauffüllung von Kiesgruben oder Steinbrüchen). Auch die Müllverbrennungsanlage beseitigt die Abfälle nicht vollständig, sondern die Schlacke muß als „Sekundärabfall“ einer Deponie zugeführt werden. Die normalen Feuerungsanlagen, die von den Betrieben für brennbare Abfälle benutzt werden, sind wegen der möglichen und kaum überwachbaren Immission problematisch. Andere abfalltechnische Anlagen sind entweder Sammelstellen oder Behandlungsanlagen, die der Einfachheit halber unter den Begriff der Beseitigungsanlage subsumiert werden.

Bei den 3 089 berichtspflichtigen Betrieben fielen 1975 insgesamt etwa 2,2 Millionen t Abfall an. In dieser Summe sind zu etwa 4 % Abfälle enthalten, die als von anderen Betrieben übernommen anzugeben waren. Da nicht erfragbar und feststellbar ist, von welchen Betrieben Abfälle übernommen wurden, ist der Abfall, der von ebenfalls meldepflichtigen Betrieben stammt und auch in deren Aufkommen enthalten ist, nicht quantifizierbar. Die vorstehende Tabelle enthält also in geringem Umfang Doppelzählungen.

Für die genaue Abgrenzung der Berichtskreise war die „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umweltstatistiken (SYUM)“ maßgeblich. Die hier aufgeführten Wirtschaftszweige stellen weitgehend Zusam-

menfassungen der in wesentlich tiefer gegliederter Form verfügbaren Ergebnisse dar.

Von den erfaßten Betrieben verfügten 360 oder 12 % über betriebseigene oder gepachtete Anlagen. Diese Betriebe hatten am gesamten Abfallaufkommen einen Anteil von 39 %, den sie zu 84 % ihren eigenen Anlagen zuführten. Etwa ein Drittel der gesamten Abfälle (733 000 t) wurde also von den Betrieben beseitigt, ohne daß dafür die öffentliche oder gewerbliche Entsorgung in Anspruch genommen wurde.

Die Deponie stellt — wiederum gemessen am Abfallgewicht — mit einem Anteil von 92 % die vorwiegende Form der Eigenentsorgung dar. Einen weiteren nennenswerten Anteil nehmen mit 6 % die betriebseigenen Müllverbrennungs- und Feuerungsanlagen ein.

Nicht ganz drei Viertel der erfaßten Betriebe gehörten zum Produzierenden Gewerbe und erzeugten 97 % des Abfallaufkommens. Die beiden Hauptbereiche Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe weisen allerdings völlig unterschiedliche Abfallintensitäten auf. Zum Bauhauptgewerbe zählt nicht ganz ein Fünftel aller erfaßten Betriebe, deren in t gemessene Abfälle fast 70 % des gesamten erfaßten Aufkommens ausmachen. 90 dieser 602 Betriebe verfügten über eigene Anlagen, in denen 31 % der Abfälle des Bauhauptgewerbes oder 22 % aller erfaßten Abfälle beseitigt wurden. Diese Relationen beruhen nahezu ausschließlich auf den angegebenen Werten der nur von der Menge her problematischen Abfallarten Bodenaushub, Bauschutt u. ä. und verdeutlichen die bereits erwähnte Schwierigkeit, Abfälle einheitlich zu dimensionieren und damit aggregierbar und vergleichbar zu machen. Gerade aber die Abfälle des Hoch-, Tief- und Straßenbaus sind als Inertmaterial zur Abdeckung von Abfällen in Deponien und zur Rekultivierung oftmals sogar erwünscht. Ihre Erfassung ist daher nach wie vor geboten.

Die 1 378 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie die 6 zum Bergbau zählenden Betriebe erzeugten mit 586 000 t etwa ein Viertel aller erfaßten Abfälle, von denen sie wiederum 40 % in eigenen Anlagen beseitigten. Der Anteil der Eigenentsorgung lag im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das über die Hälfte der Abfälle des Verarbeitenden Gewerbes erzeugte, mit 56 % deutlich über diesem Wert. Von entsprechend geringerer Bedeutung war die Eigenentsorgung für das Investitionsgüterherstellende

²) Statistischer Bericht Q II 1/Q II 2 — 75 (Vorwegerhebung)







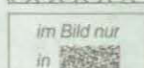


Abfallaufkommen in Schleswig-Holstein 1975


in bestimmten Erhebungsbereichen der Wirtschaft

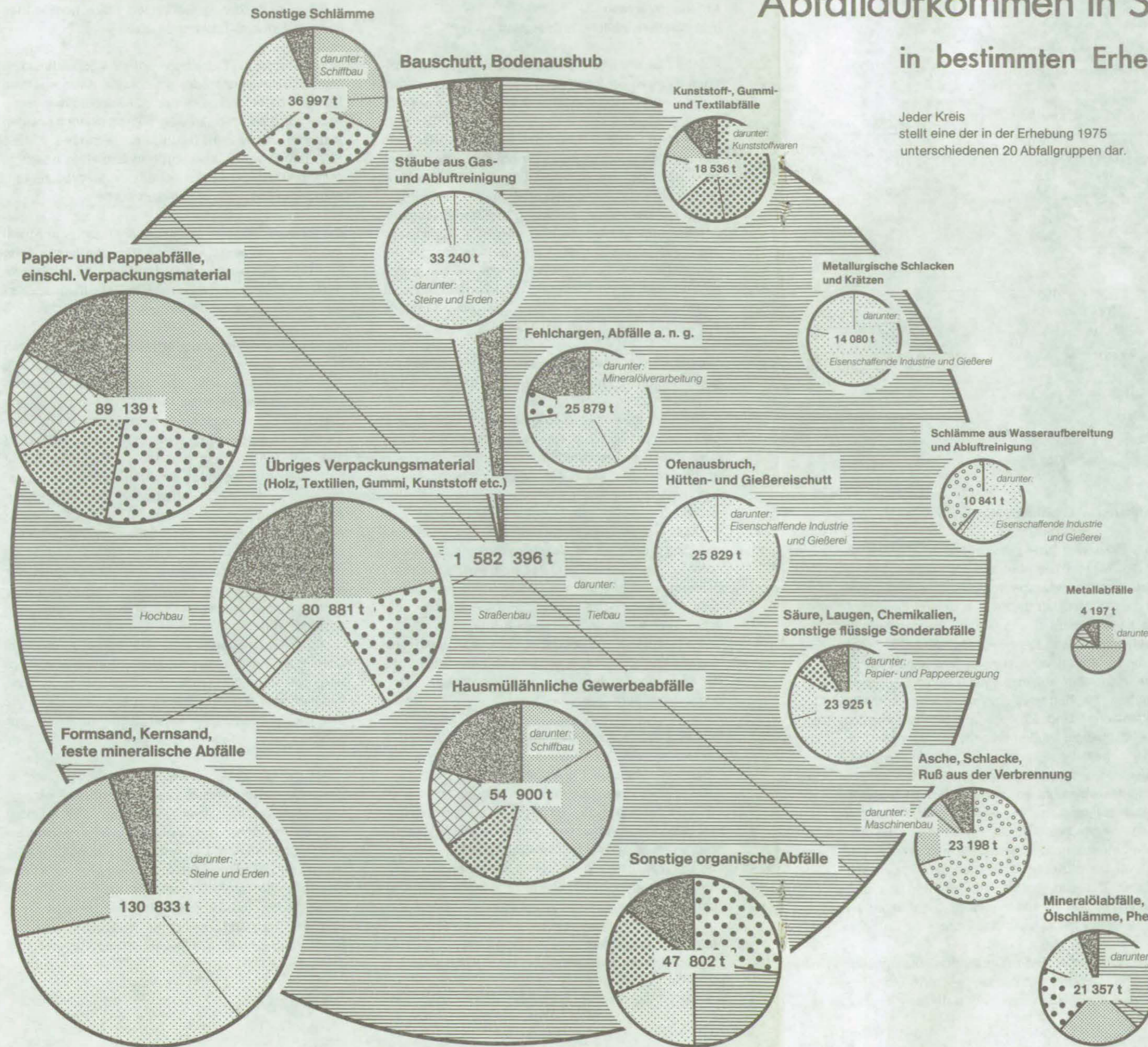
Gesamte Abfallmenge: 2 233 266 t

Jeder Kreis stellt eine der in der Erhebung 1975 unterschiedenen 20 Abfallgruppen dar.

Erhebungsbereiche:

-  Energie- und Wasserversorgung
-  Grundstoffe und Produktionsgüter
-  Investitionsgüter
-  Verbrauchsgüter
-  Nahrungs- und Genußmittel
-  Baugewerbe
-  Einzelhandel
-  im Bild nur in Verkehr
-  Krankenhäuser

 Bei der einzelnen Abfallart nicht gesondert ausgewiesene Erhebungsbereiche



In betriebseigenen Anlagen beseitigte Abfallmengen 1975

Wirtschaftliche Gliederung	Abfall- menge insgesamt in t	davon beseitigt in					
		Deponien		Müllverbrennungsanlagen ¹		sonstigen Anlagen ²	
		Abfallmenge in t	% von Sp. 1	Abfallmenge in t	% von Sp. 1	Abfallmenge in t	% von Sp. 1
Grundstoffe und Produktionsgüter	170 181	143 719	84,5	24 474	14,4	1 988	1,2
Investitionsgüter	35 935	30 095	83,7	4 477	12,5	1 363	3,8
Verbrauchsgüter	10 949	5 804	53,0	5 124	46,8	21	0,2
Nahrungs- und Genußmittel	14 953	221	1,5	1 579	10,6	13 153	88,0
Baugewerbe ³	481 560	480 982	99,9	573	0,1	.	.
Produzierendes Gewerbe	717 534	663 531	92,5	36 233	5,0	17 770	2,5
Einzelhandel	351	-	-	351	100	-	-
Straßenverkehr	8 851	8 667	97,9	184	2,1	-	-
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien	6 424	168	2,6	5 889	91,7	366	5,7
Schleswig-Holstein	733 160	672 366	91,7	42 657	5,8	18 136	2,5

1) einschließlich normaler Feuerungsanlagen

2) einschließlich Kompostierungsanlagen

3) fast nur Bauhauptgewerbe; Ausbaugewerbe nur 4 t Abfall

Gewerbe (26 %), das Verbrauchsgütergewerbe (17 %) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (19 %).

Auch für das Verarbeitende Gewerbe ist die Deponieablagerung die weitaus überwiegende Art der innerbetrieblichen Entsorgung. Die Müllverbrennungs- und Feuerungsanlagen werden überdurchschnittlich im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und dabei insbesondere von der Mineralöl- und der chemischen Industrie sowie der Holzbearbeitung für die Abfallbeseitigung eingesetzt. Auch die bei der Verarbeitung von Holz zu Verbrauchsgütern entstehenden Abfälle werden zu fast 40 % von den Betrieben selbst verbrannt.

Das Gewicht der Einzelhandelsabfälle ist trotz der 608 meldenden Betriebe unbedeutend. Die Abfälle wurden fast ausschließlich Anlagen der öffentlichen Entsorgung oder anderer Betriebe zugeführt. Wegen der im Einzelhandel typischen Filialorganisation liegen zwar relativ wenig Unternehmen über der vorgegebenen Erfassungsuntergrenze, aber meldepflichtig waren alle deren Betriebe. Eine Änderung der Einzelhandelserfassung für die Erhebung 1977 ist vorgesehen. Die 128 Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien beseitigen etwa ein Drittel ihrer Abfälle selbst, und zwar überwiegend (92 %) durch Verbrennung.

Beseitigung in außerbetrieblichen Anlagen

Die 1,5 Millionen t oder zwei Drittel der erfaßten Abfälle, die nicht in betriebseigenen Anlagen beseitigt wurden, mußten entweder von den Betrieben selbst, von beauftragten Unternehmen oder von der öffentlichen Müllabfuhr zu den außerbetrieblichen Anlagen abgefahren werden. Diese Abfälle waren von den Betrieben getrennt nach der Art der angefahrenen Anlage, nicht aber außerdem nach deren Betreibern anzugeben. Als Betreiber solcher Anlagen kommen die öffentliche Hand, Betriebe mit eigenen Anlagen oder selbständige, als Betrieb geltende Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen in Betracht. Die Quantität der von anderen Betrieben übernommenen Abfälle ist bereits genannt worden. Von diesen knapp 4 % des Abfallaufkommens wurden etwa 84 % in den eigenen Anlagen beseitigt, der Rest wurde wiederum zu außerbetrieblichen Anlagen weiterbefördert. Selbst wenn man berücksichtigt, daß auch die nicht meldepflichtigen Betriebe Abfälle der erfaßten Betriebe aufgenommen haben können, spielt die Entsorgung durch andere Betriebe kaum eine Rolle.

Die selbständigen, als Betrieb geltenden Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen der privaten Wirtschaft sind im Rahmen der Abfallstatistiken in einer

gesonderten Erhebung zu erfassen. In privater Rechtsform betriebene Anlagen der öffentlichen Abfallbeseitigung sowie Anlagen, in denen betriebseigene Abfälle beseitigt werden, gehören nicht dazu, ebenso nicht „Autofriedhöfe“, deren Verwertungsobjekte zwar umweltbelastend sind, aber nicht als Abfall-, sondern als Recycling-Stoffe angesehen werden, worin sich wieder die Unschärfe des Abfallbegriffes zeigt. Bei den gesondert zu erfassenden Anlagen handelt es sich hauptsächlich um gewerblich betriebene Spezialbeseitigungsanlagen wie Schredder, Altreifendeponien, Schiffsentölungsanlagen u. ä. In Schleswig-Holstein gab es 1975 fünf solcher Anlagen, die insgesamt etwa 34 000 t meist spezieller Abfälle beseitigten. Anlieferer waren fast ausnahmslos Gewerbebetriebe und private Haushalte.

Der Anteil dieser fünf Anlagen an der Entsorgung der erfaßten 3 089 abfallerzeugenden Betriebe ist also ebenfalls gering. Die angefahrenen außerbetrieblichen Anlagen waren zur Hauptsache diejenigen der öffentlichen Entsorgung, deren Struktur somit die Art der Beseitigung von zwei Dritteln des erfaßten Abfallaufkommens bestimmt: Von den 1,5 Millionen t zu außerbetrieblichen Anlagen abgefahrenen Abfällen wurden 95 % auf Deponien abgelagert, 3 % in Müllverbrennungsanlagen verbrannt und 2 % sonstigen Anlagen zugeführt. Ohne das Bauhauptgewerbe ergeben sich entsprechende Anteile von 83, 10 und 7 %.

Das Aufkommen nach Abfallgruppen

Die Gliederung des Abfallaufkommens nach den 20 Abfallgruppen und darunter nach den erzeugenden Wirtschaftszweigen (siehe die „Grafik des Monats“ in diesem Heft) ergibt für die Gruppe „Bauschutt und Bodenaushub“ einen Anteil von 71 % am gesamten erfaßten Aufkommen von 2,2 Millionen t Abfall. „Formsand, Kernsand und andere mineralische Abfälle“ haben mit 5,9 % den zweithöchsten Anteil. „Papier- und Pappeabfälle (einschließlich Verpackungsmaterial)“ sind 4,0 %, „übriges Verpackungsmaterial (Holz, Textilien, Gummi, Kunststoff, Glas, Keramik, Porzellan)“ 3,6 % der Abfälle. Erwartungsgemäß haben die problematischen Abfälle einen am Gewicht gemessenen geringen Anteil. Von den als gefährlich zu bezeichnenden Abfällen der Gruppe „Oxide, Hydroxide,

Salze, radioaktive Abfälle, sonstige feste Sonderabfälle“ wurden 1 069 t, von denen der Gruppe „Säuren, Laugen, Schlämme, Laborabfälle, Chemikalien, Detergentien, sonstige flüssige Sonderabfälle“ 23 925 t erzeugt. Die hier genannten „Sonderabfälle“ wurden von der Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes festgelegt und sind nicht unbedingt identisch mit denjenigen Abfallarten, die gemäß § 2 Abs. 2 Abfallbeseitigungsgesetz vom 7. Juni 1972 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1976 und neu gefaßt am 5. Januar 1977), „nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder Wassergefährdend, explosibel oder brennbar sind oder Erreger übertragbarer Krankheiten enthalten oder hervorbringen können“. Diese Abfallarten werden von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt. Eine solche Verordnung wurde erstmalig am 24. Mai 1977 erlassen und kam für die systematische Festlegung der Sonderabfallarten der Erhebung 1975 zu spät.

Von den nicht ganz 24 000 t der flüssigen Sonderabfälle hat über 20 000 t das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und davon wiederum fast 17 000 t die Zellstoff-, Holzschliff, Papier- und Pappeerzeugung produziert. Bei der weiteren Verarbeitung dieser Produkte (Druckerei, Vervielfältigung) fielen noch einmal 1 626 t an. Die chemische Industrie hat mit 2 378 t nur einen relativ kleinen Anteil. Bei den 1 069 t der festen Sonderabfälle sind die Mineralölverarbeitung (400 t), das Bauhauptgewerbe (385 t) und die Druckerei und Vervielfältigung (233 t) als Haupterzeuger zu nennen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Abfallaufkommen 1975 die an den Altstoffhandel gehenden und die an die Altölsammelstellen übergebenen Abfälle nicht enthält. Für die Erhebungen der Abfallbeseitigung 1977 wird man von einem umfassenderen Abfallbegriff ausgehen: Unter Abfällen sind alle in einem Betrieb anfallenden Rückstände oder sonstigen unerwünschten Stoffe zu verstehen. Man will u. a. damit verhindern, daß das zu erfassende Abfallvolumen von der jeweiligen Marktsituation für Rohstoffe und damit davon abhängt, ob unerwünschte, aber wiederverwendungsfähige Stoffe vom Altstoffhandel angenommen werden oder nicht. Außerdem soll aber damit auch dem gestiegenen Interesse an speziellen Abfalldaten Rechnung getragen werden.

Bernd Struck

Straßenverkehrsunfälle mit Krafträdern

Die Unfallentwicklung im Bundesgebiet

Das Unfallgeschehen auf den Straßen des Bundesgebietes hat sich seit 1974 wieder verschlechtert. Während 1974 bei Straßenverkehrsunfällen etwa 460 000 Personen verunglückten, waren es ein Jahr später 470 000. 1976 stieg die Zahl der verunglückten Personen auf knapp 500 000. Diese negative Entwicklung hat sich 1977 fortgesetzt. Während nämlich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1976 232 000 Personen verunglückten, wurden im vergleichbaren Zeitraum des vergangenen Jahres 248 000 Verunglückte registriert. Dies ist eine Steigerung um 6,8 %.

Gliedert man die Verunglückten nach der Art der Verkehrsbeteiligung auf, dann zeigt sich, daß die Entwicklung bei den einzelnen Verkehrsgruppen recht unterschiedlich verlief. So war die Zahl der verunglückten Fußgänger im Jahre 1976 um 6,1 % niedriger als im Jahre 1974. Demgegenüber nahm die Zahl der in einem Pkw verunglückten Personen im gleichen Zeitraum um 4,5 % zu. Diese Zuwachsrate ist jedoch noch vergleichsweise gering. Bei den Krafträdern nahm die Zahl der Verunglückten nämlich um 30 % zu.

Wie sich die Zahl der Verunglückten seit 1969 entwickelt hat, zeigt die folgende Grafik. Darin sind die Verunglückten auf einer logarithmischen Skala abgetragen worden, auf der gleich lange Strecken gleich große prozentuale Veränderungen bedeuten. Der Abstand zwischen 50 000 und 100 000 ist also auf der senkrechten Skala genau so lang wie der Abstand zwischen 100 000 und 200 000. Daraus folgt wiederum, daß gleiche Kurvensteigungen auch gleiche prozentuale Veränderungen bedeuten.

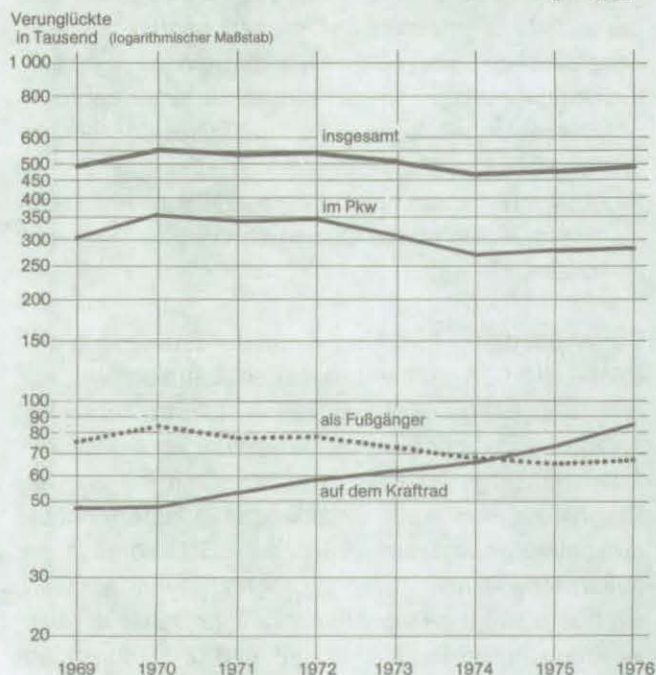
Die Zahl der im Pkw verunglückten Personen ist 1970 sehr stark angestiegen, zwischen 1972 und 1974 jedoch wieder erheblich zurückgegangen. Die Ursachen für den Rückgang der Verunglückten waren die Energiekrise 1973/74 und die dadurch ausgelöste Wirtschaftszession. Ab 1975 verunglückten wieder mehr Pkw-Insassen, aber selbst im Jahre 1976 waren es immer noch 7 % weniger als 1969. Dies ist um so bemerkenswerter, als im selben Zeitraum der Bestand an Personenkraftwagen um 50 % angestiegen ist.

Die Zahl der verunglückten Fußgänger ist seit 1970, dem bisher schwärzesten Jahr in der Unfallentwicklung der Bundesrepublik, noch stärker zurückgegangen.

Im Bundesgebiet verunglückte Personen

Bild 1

D - 4888



Während 1970 84 000 Fußgänger verunglückten, waren es 1976 65 000. Damit ist die Zahl der verunglückten Fußgänger in diesem Zeitraum um 22 % zurückgegangen. Gegenüber 1969 ergibt sich ein Rückgang von immerhin noch 13 %. Allerdings verunglückten 1976 schon wieder mehr Fußgänger als 1975, wenn auch der Zuwachs mit 2 % relativ gering war. Um diesen Prozentsatz nahm im übrigen auch die Zahl der in einem Pkw verunglückten Personen im Jahre 1976 gegenüber dem Vorjahr zu. In der Grafik kommt die übereinstimmende Unfallentwicklung bei den beiden Verkehrsteilnehmergruppen durch den parallelen Verlauf der entsprechenden Kurvenabschnitte zum Ausdruck.

Im Unterschied zur Gruppe der Fußgänger und der im Pkw verunglückten Personen hat sich die Zahl der verunglückten Kraftradbenutzer seit 1969 ständig erhöht. Selbst in den Jahren 1973 und 1974, als sich das Unfallgeschehen allgemein verbesserte, starben oder verletztten sich mehr Kraftradbenutzer. Allerdings hat sich der Anstieg der Verunglücktenzahl in jenen beiden Jahren deutlich verlangsamt. So nahm die Zahl der Verunglückten 1974 nur um 6 % zu, während es 1972 11 % waren. Im Jahre 1976 stieg die Zahl der

Verunglückten mit 16 % wieder erheblich stärker an. Gegenüber 1969 betrug die Steigerung 75 %.

Infolge dieses hohen Zuwachses hat sich der Anteil der auf einem Kraftrad verunglückten Personen an der Zahl der Verunglückten insgesamt sehr stark erhöht. Waren 1969 rund 10 % aller Verunglückten Kraftradbenutzer, so lag dieser Anteil 1976 bei 17 %, oder anders ausgedrückt: während 1969 jeder 10. Verunglückte ein Kraftradbenutzer war, rechnete 1976 jeder sechste dazu. Demgegenüber hat sich der Anteil der in einem Pkw verunglückten Personen von 61 % auf 57 % verringert. Der Anteil der Fußgänger verringerte sich von 15 auf 13 %.

Daß die Zahl der auf einem Kraftrad verunglückten Personen in den vergangenen Jahren so stark zugenommen hat, ist eine Folge des erhöhten Bestandes an Krafträdern und der damit verbundenen größeren Verkehrsbeteiligung der motorisierten Zweiräder. So ist die Zahl der Krafträder in dem betrachteten Zeitraum von 1,4 Millionen auf 2,4 Millionen oder um 63 % angestiegen. Da die Zahl der Krafträder mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h, aber mit weniger als 50 cm³ bis einschließlich 1972 nicht vollständig erfaßt worden ist, wurde der Bestand mit Hilfe der vier Jahreswerte 1973 bis 1976 unter Zugrundelegung eines arithmetisch-linearen Trends geschätzt:

1969: s 161 436
 1970: s 168 795
 1971: s 176 154
 1972: s 183 513

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, nahm die Zahl der auf einem Kraftrad verunglückten Personen stärker zu als der Bestand an Krafträdern. Dies gilt besonders für die Krafträder mit amtlichem Kennzeichen. Während der Bestand dieser Krafträder nämlich nur um 19 % zunahm, stieg die Zahl der damit verunglückten Personen um 59 %. Bei den Krafträdern mit Versicherungskennzeichen verlief die Entwicklung beider Größen dagegen weitgehend parallel. Zwar nahm die Zahl der Verunglückten hier um 99 % zu, gleichzeitig erhöhte sich aber auch der Fahrzeugbestand um 82 %. Bei den Krafträdern mit Versicherungskennzeichen handelt es sich um Mofas, Mopeds und Mokicks. Alle drei Fahrzeugarten bezeichnet man auch als Kleinkrafträder, da sie nicht mehr als 50 cm³ haben. Mofas und Mopeds sind Fahrräder mit Hilfsmotor, die die üblichen Merkmale von Fahrrädern aufweisen, jedoch zusätzlich als Antriebsmaschine einen Verbrennungsmotor haben. Während Mofas eine Höchstgeschwindigkeit

Verunglückte, Unfallbeteiligte und Kfz-Bestand im Bundesgebiet

Unfälle mit Personenschaden; Kfz-Bestand am 1.7.

	1969	1976	Veränderung	
	in 1 000		in %	
Pkw				
Verunglückte Personen ¹	300	281	-	6,5
Beteiligte Fahrzeuge	417	432	+	3,5
Fahrzeug-Bestand	12 585	18 920	+	50,3
Krafträder				
Verunglückte Personen ¹	48	85	+	75,2
Beteiligte Fahrzeuge	46	81	+	76,1
Fahrzeug-Bestand	1 440	2 352	+	63,4
davon				
Krafträder mit amtlichem Kennzeichen				
Verunglückte Personen ¹	29	46	+	59,4
Beteiligte Fahrzeuge	26	41	+	55,2
Fahrzeug-Bestand	425	504	+	18,6
Krafträder mit Versicherungskennzeichen				
Verunglückte Personen ¹	19	39	+	98,6
Beteiligte Fahrzeuge	20	40	+	104,3
Fahrzeug-Bestand	1 015	1 848	+	82,1

1) Fahrzeugführer und Mitfahrer

von 25 km/h erreichen, können Mopeds 40 km/h schnell fahren. Die Mokicks sind genau so schnell wie die Mopeds, haben jedoch mehr Ähnlichkeit mit einem Motorrad als mit einem Fahrrad.

Zu den Krafträdern mit amtlichem Kennzeichen rechnen Krafträder mit einer Geschwindigkeit von mehr als 40 km/h (auch wenn sie nicht mehr als 50 cm³ haben), Motorroller sowie alle übrigen Krafträder, soweit sie mehr als 50 cm³ haben.

Der im Hinblick auf die Unfallforschung entscheidende Unterschied zwischen den Krafträdern mit Versicherungskennzeichen und den Krafträdern mit amtlichem Kennzeichen besteht in der Geschwindigkeit. Daneben spielen aber auch noch andere Gesichtspunkte, wie das Mindestalter der Kraftradfahrer, eine Rolle. Die folgende Aufstellung zeigt, worin sich die einzelnen Kraftradarten hauptsächlich unterscheiden.

Weitere Erkenntnisse über die Ursachen des Unfallgeschehens und seine Entwicklung gewinnt man, wenn man die Zahl der in einen Unfall verwickelten Kraftfahrzeuge in Relation zum Fahrzeugbestand oder zu den Fahrzeugkilometern setzt. Diese Beziehung wird

Überblick über die einzelnen Kraffradarten

Art des Kennzeichens	Kleinkrafträder				Übrige Kraffräder
	Mofa	Moped	Mokick	Velokrad ¹	
	Fahrräder mit Hilfsmotor				
Hubraum	≤ 50 cm ³	≤ 50 cm ³	≤ 50 cm ³	≤ 50 cm ³	> 50 cm ³
Höchstgeschwindigkeit	≤ 25 km/h	≤ 40 km/h	≤ 40 km/h	> 40 km/h	> 40 km/h
Führerscheinklasse	-	5	5	4	1
Mindestalter	15	16	16	16	18
Prüfung	-	theoretisch	theoretisch	theoretisch	theoretisch und praktisch
Helmpflicht	nein	nein	nein	ja	ja
Radwegbenutzung	ja	nein	nein	nein	nein
Autobahnbenutzung	nein	nein	nein	ja	ja

1) Bezeichnung des Verfassers, weil eine amtliche oder übliche Bezeichnung nicht bekannt ist

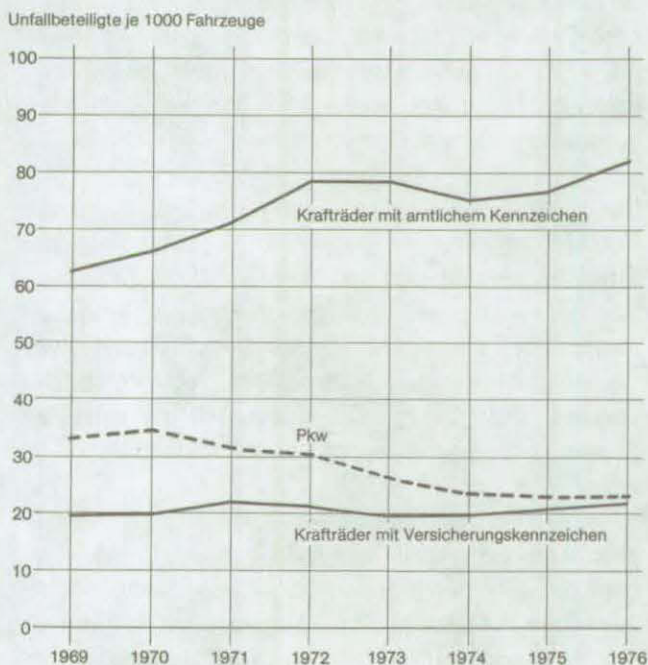
hier als relative Unfallhäufigkeit bezeichnet. Bild 2 zeigt dieses Verhältnis für Pkw und für Kraffräder. Zweierlei ist zu erkennen: Einmal bestehen Unterschiede im Niveau der relativen Unfallhäufigkeit, zum anderen ist die Entwicklung bei den dargestellten Kraftfahrzeugarten unterschiedlich verlaufen. Die höchste relative Unfallhäufigkeit haben die Kraffräder mit amtlichem Kennzeichen. 1969 hatten von 1 000 Fahrzeugen 62 einen Unfall mit Personenschaden. Dabei ist zu

berücksichtigen, daß manche Fahrzeuge nicht nur einmal, sondern auch zweimal oder noch häufiger in Unfälle verwickelt gewesen sein können. Die relative Unfallhäufigkeit der Personenkraftwagen ist dagegen vergleichsweise gering. Im Jahre 1969 waren nämlich von 1 000 Fahrzeugen nur 33 an einem Unfall beteiligt. Die Zahl der an einem Unfall beteiligten Pkw war damit — relativ gesehen — nahezu nur halb so groß wie die Zahl der verunglückten Kraffräder mit amtlichem Kennzeichen. Noch niedriger lag die relative Unfallhäufigkeit bei den Kraffrädern mit Versicherungskennzeichen. Von 1 000 Fahrzeugen waren 1969 nur 19 in einen Unfall verwickelt.

D - 4889

Bild 2

Relative Unfallhäufigkeit im Bundesgebiet



Die Kraffräder mit Versicherungskennzeichen schneiden zweifellos ungünstiger ab, wenn man die Unfallfahrzeuge auf die Fahrzeugkilometer bezieht, denn mit Sicherheit sind ihre durchschnittlichen Fahrleistungen geringer als die der Pkw oder der Kraffräder mit amtlichem Kennzeichen. Wie hoch sie tatsächlich sind, ist jedoch nicht bekannt. Daher lassen sich die Risikoquoten auch nicht quantifizieren. Doch dürfte selbst unter Berücksichtigung der gefahrenen Strecke die relative Unfallhäufigkeit der Kraffräder mit amtlichem Kennzeichen immer noch höher sein als die der Kraffräder mit Versicherungskennzeichen.

Betrachtet man die Entwicklung der Relation: Unfallbeteiligte je 1 000 Fahrzeuge, so ist bei den Pkw ein kontinuierlicher Rückgang ab 1970 festzustellen. Die Zahl der in einen Unfall verwickelten Pkw ist also nicht so stark angestiegen wie der Pkw-Bestand. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die durchschnittlichen

Fahrleistungen der Pkw abgenommen haben. Dies ist wiederum eine Folge des allmählich wachsenden Bestandes an Zweitwagen. Dagegen hat sich die relative Unfallbeteiligung der Krafträder mit amtlichem Kennzeichen erhöht. Die höchste Beteiligungsrate wurde 1976 mit 82 von 1 000 Krafträdern erreicht. Worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist, läßt sich nicht bestimmen. Sie könnte einmal die Folge erhöhter Fahrleistungen der Krafträder sein. Aber auch die gestiegenen Fahrleistungen aller Verkehrsteilnehmer müssen berücksichtigt werden. Darüber hinaus kann auch eine erhöhte Risikobereitschaft der Kraftfahrer zu dem Ergebnis beigetragen haben. Bei der dritten Fahrzeuggruppe, den Krafträdern mit Versicherungskennzeichen, hat sich die relative Unfallbeteiligung nur geringfügig erhöht. Vermutlich hängt dies mit der allgemeinen Zunahme des Verkehrs zusammen. Für eine riskantere Fahrweise oder steigende durchschnittliche Fahrleistungen gibt es wenigstens keine Anhaltspunkte.

Die Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein nahm die Unfallentwicklung ab 1969 den gleichen Verlauf wie im Bundesgebiet. Auch hier ging das Unfallgeschehen zwischen 1972 und 1974 erheblich zurück, wie im Bundesgebiet stieg die Zahl der Unfälle nach 1974 wieder an. Zahlenmäßig verlief die Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein jedoch ungünstiger als im Bundesgebiet. Während nämlich im Bundesgebiet die Zahl der Unfälle mit Personenschaden im Jahre 1976 um 6,1 % höher war als im Jahre 1969, betrug die Zunahme in Schleswig-Holstein 16,9 %. Andere Bundesländer mit vergleichbarer Siedlungsstruktur weisen folgende Zuwachsraten auf: Niedersachsen: + 11,2 %, Hessen: + 2,6 %, Rheinland-Pfalz: + 9,0 %, Baden-Württemberg: + 14,6 %, Bayern: + 13,0 %, Saarland: + 22,7 %. Die durchschnittliche Zuwachsrate für diese sechs Bundesländer beträgt 11,2 %. Auch beim Vergleich der Jahre 1974 und 1976 schneidet Schleswig-Holstein schlechter ab. So lag die Zahl der Unfälle in Schleswig-Holstein 1976 um 14,2 % über der von 1974. Im Bundesgebiet waren es dagegen 8,7 % mehr. Erfreulicherweise hat sich die Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein im 1. Halbjahr 1977 wesentlich verlangsamt. Mit plus 6,9 % war der Anstieg der Unfallzahl nur noch geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt. Bei den Verunglückten schnitt Schleswig-Holstein mit einem

Anstieg von 6,6 % sogar etwas günstiger ab. Deutlich geringer als im Bundesgebiet war der Zuwachs der Verunglücktenzahl bei der Gruppe der in einem Pkw verunglückten Personen. Die Zahl der auf einem Kraftfahrzeug verunglückten Personen stieg im 1. Halbjahr 1977 mit 4,3 % ebenfalls etwas weniger stark an als im Bundesgebiet. Der Zuwachs blieb damit auch unter dem prozentualen Anstieg der Gesamtentwicklung. Außergewöhnlich stark nahm dagegen die Zahl der verunglückten Radfahrer im 1. Halbjahr zu. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1976 ergab sich in Schleswig-Holstein ein Zuwachs von 18,3 %. Im Bundesgebiet betrug der Zuwachs nur 5,1 %.

Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums haben sich aber auch in Schleswig-Holstein die Unfallquoten zugunsten der Fußgänger und der Pkw-Insassen und zu Ungunsten der Zweiradbenutzer verschoben. Vergleicht man wieder die Jahre 1969 und 1976, dann haben die Fußgänger noch am günstigsten abgeschnitten. Sie verunglückten 1976 in geringerer Zahl (– 1,8 %) als 1969. Bemerkenswert ist dabei, daß die Zahl der verunglückten Fußgänger auch nach 1974 noch weiter zurückging. Anders als im Bundesdurchschnitt lag die Zahl der in einem Pkw verunglückten Personen 1976 dagegen höher als 1969, mit 1,1 % war der Zuwachs jedoch vergleichsweise gering. Hiervon hebt sich die Unfallentwicklung der Zweiräder deutlich ab. Während sich bei den Fahrrädern ein Zuwachs von 31,9 % ergab, erhöhte sich die Zahl der auf einem Kraftfahrzeug verunglückten Personen um 90,7 %.

Unfallbeteiligung der Krafträder

Die Unfallbeteiligung der einzelnen Kraftfahrzeugarten entwickelte sich allerdings sehr unterschiedlich. Am geringsten war die Zunahme bei den Velokrädern (Kleinkraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen). Im Vergleich zu 1969 lag hier die Unfallbeteiligung 1976 nur um 7,4 % höher, was noch geringer ist als die Bestandszunahme, die bei 11,0 % lag. Allerdings ist die relative Unfallhäufigkeit dieser Kraftfahrzeugart von allen Kraftfahrzeugen am höchsten. 1976 war etwa jedes zehnte Velokrad in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt. Dieses Verhältnis hat sich seit 1969 kaum verändert.

Im Unterschied zu den Velokrädern hat die Unfallbeteiligung der schweren Kraftfahrzeuge erheblich zugenommen. Seit 1969 hat sie sich nahezu verdreifacht, obwohl der Bestand an schweren Kraftfahrzeugen zwischen 1969 und 1976 nur um 14,2 % angewachsen ist. Vielleicht

**Verunglückte, Unfallbeteiligte und Kfz-Bestand
in Schleswig-Holstein**

	1969	1976	Veränderung
	in 1 000		in %
Pkw			
Verunglückte ¹	13	13	+ 1,1
Beteiligte ²	18	20	+ 14,2
Bestand am 1. 7.	516	785	+ 52,4
Krafträder			
Verunglückte ¹	2,0	3,8	+ 90,7
Beteiligte ²	1,9	3,8	+ 94,8
Bestand am 1. 7.	53,7	85,7	+ 59,6

1) Fahrzeugführer und Mitfahrer

2) an Unfällen mit Personenschaden

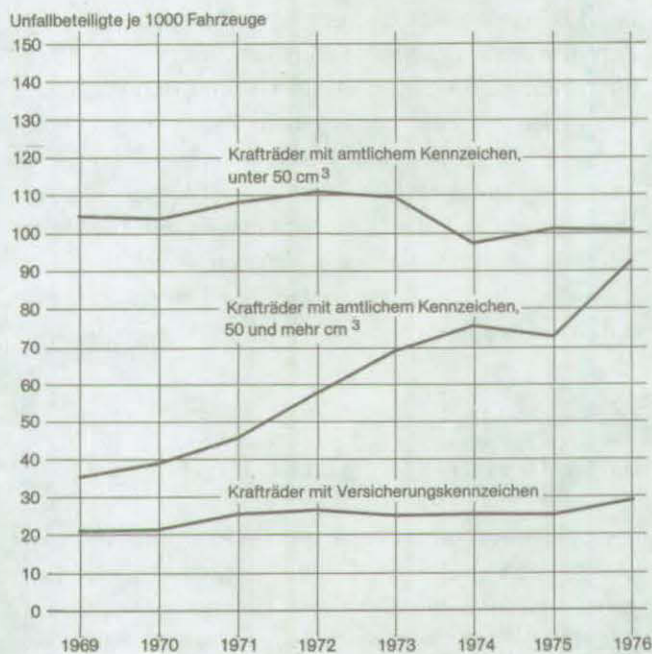
Relative Unfallhäufigkeit

Vergleicht man die relative Unfallhäufigkeit in Schleswig-Holstein mit der im Bundesgebiet, so wird man feststellen, daß sie in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt liegt. So waren 1976 von 1 000 Personenkraftwagen im Lande 26 in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt, im gesamten Bundesgebiet waren es 23 Fahrzeuge. Über dem Bundesdurchschnitt liegt auch die Unfallbeteiligung der Krafträder. Während nämlich 1976 in Schleswig-Holstein 44 von 1 000 Krafträdern an einem Unfall mit Personenschaden beteiligt waren, kamen im Bundesgebiet auf 1 000 Krafträder 34 Unfallfahrzeuge. Für den Niveauunterschied gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Einmal ist das Risiko von Personenschäden im Straßenverkehr der Stadtstaaten geringer als in den Flächenländern, womit der Bundesdurchschnitt gesenkt wird, zum anderen wird Schleswig-Holstein durch den Reise- und Transitverkehr in besonders starkem Maße beansprucht.

D - 4890

Relative Unfallhäufigkeit der Krafträder in Schleswig-Holstein

Bild 3



ist die gestiegene Unfallbeteiligung darauf zurückzuführen, daß die schweren Motorräder noch leistungsfähiger geworden sind, wodurch sich manche Fahrer zu schnellerem Fahren verleiten ließen. Auch die Unfallbeteiligung der Krafträder mit Versicherungskennzeichen hat erheblich zugenommen. Der Zuwachs war mit 159 % jedoch geringer als bei den schweren Maschinen. Außerdem ist auch der Bestand dieser Krafträder beträchtlich, nämlich um 81 % angewachsen, wodurch das Ansteigen der Unfallbeteiligung zu einem großen Teil erklärt wird.

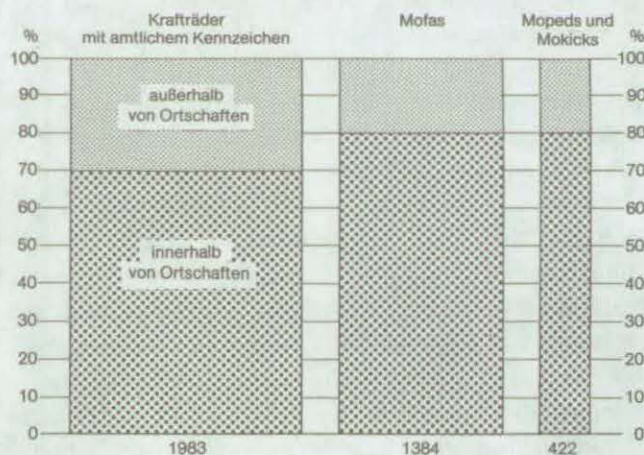
Ortslage der Unfälle

Die Unterscheidung der Verunglückten nach der Ortslage zeigt, daß von den 3 789 verunglückten Kraftradbenutzern rund drei Viertel innerhalb von Ortschaften zu Schaden kamen. Dabei liegt der Anteil der mit Mofas und Mopeds verunglückten Personen über dem Durchschnitt, der Anteil der auf einem Kraftrad mit amtlichem Kennzeichen Verunglückten entsprechend niedriger.

D - 4891

Verunglückte Kraftradbenutzer in Schleswig-Holstein 1976 nach der Ortslage

Bild 4



Saison des Unfallgeschehens

Die Verkehrsbeteiligung der Krafträder hängt sehr stark von der Jahreszeit und von der Witterung ab. In den Sommermonaten beteiligten sich die Krafträder wesentlich stärker am Verkehr als im übrigen Jahr. Dementsprechend hoch ist die Zahl der in einen Unfall verwickelten Krafträder in dieser Jahreszeit. 1976 wurden 60 % der Unfälle mit Personenschaden, an denen ein Kraftrad beteiligt war, in den fünf Monaten Mai bis September registriert.

Altersstruktur der Verunglückten

Unter den verunglückten Kraftradfahrern sind besonders viele Jugendliche. 1976 waren mehr als 50 % der Verunglückten jünger als 21. Der hohe Anteil der jungen Fahrer an der Gesamtzahl der Verunglückten ergibt sich natürlich daraus, daß die Krafträder überwiegend von jungen Leuten gefahren werden. Um die Frage beantworten zu können, ob jugendliche Kraftradfahrer stärker gefährdet sind als ältere Fahrer, müßte man die Verkehrsbeteiligung der betrachteten Altersgruppen in der Weise berücksichtigen, daß die Zahl der Verunglückten auf die zurückgelegten Personen-km bezogen werden. Leider gibt es keine Angaben über die durchschnittliche Fahrleistung eines Kraftradfahrers - schon gar nicht nach Altersgruppen -, so daß sich die zuvor gestellte Frage nicht beantworten läßt.

Da Krafträder vor allem von jüngeren Personen gelenkt werden, ist der Anteil der verunglückten Kraftradfahrer an der Verunglücktenzahl in den unteren Altersklassen besonders hoch. Welchen Anteil die verunglückten Kraftradfahrer an der Zahl der Verunglückten in den einzelnen Altersklassen haben, zeigt Bild 5.

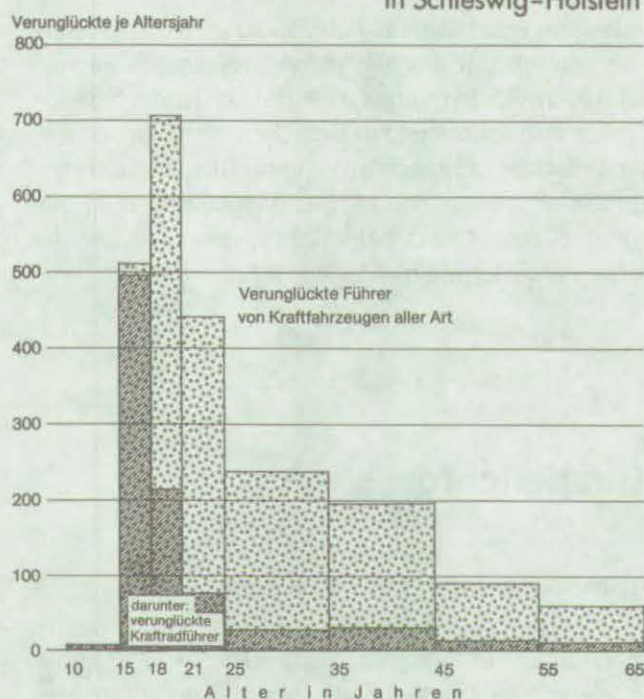
Die Fläche der Säulen entspricht darin der Zahl der in der jeweiligen Altersklasse verunglückten Kraftfahrzeugführer. Die Höhe der Säulen gibt demzufolge die auf die jeweilige Altersklasse bezogene durchschnittliche Verunglücktenzahl jedes Jahrganges an.

Von den 1976 in Schleswig-Holstein verunglückten Führern von Kraftfahrzeugen (ohne Mitfahrer) waren 1 535 Personen oder 13,2 % im Alter von 15 bis unter 18 Jahren. 97 % jener Personen waren als Kraftradfahrer verunglückt. Die meisten Personen, die als Führer von Kraftfahrzeugen verunglückten, waren jedoch 18 bis unter 21 Jahre alt. 1976 waren es 2 119 oder 18,3 %. Der Anteil der verunglückten Kraftradfahrer lag in dieser Altersgruppe nur noch bei 30,3 %.

D - 4892

Bild 5

Die Altersstruktur der 1976 verunglückten Kfz-Führer in Schleswig-Holstein



Dafür bildeten die verunglückten Pkw-Fahrer eine um so größere Gruppe.

Auf die nachfolgenden Altersklassen entfällt eine zunehmend geringere Zahl von Verunglückten. Der Anteil der verunglückten Kraftradfahrer geht jedoch nur bis zur Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahre zurück, bei den älteren nimmt er wieder höhere Werte an. In der Altersgruppe über 65 Jahre, die eine offene Klasse darstellt und in der Grafik nicht abgebildet wurde, war sogar wieder jeder Vierte mit einem Kraftrad verunglückt.

Unfallursachen

Bei Unfällen mit Personenschaden oder mit Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten werden auch die Ursachen und Umstände, die zu einem Unfall geführt haben, aufbereitet. Dadurch ergeben sich weitere Ansatzpunkte für die Unfallbekämpfung. Rund 80 % aller Unfälle mit Personenschaden sind im allgemeinen auf falsches Verhalten der Führer von Fahrzeugen zurückzuführen. Etwa 10 % werden den Fußgängern angelastet. Die restlichen 10 % der Unfälle werden durch Straßenverhältnisse und Witterungseinflüsse, durch Mängel am Fahrzeug oder durch allgemeine, in den Verkehrsbedingungen

zu suchende Gründe (zum Beispiel Hindernis auf der Fahrbahn) hervorgerufen.

Unter den Ursachen, die Fahrzeugführern zugeschrieben werden, tritt am häufigsten zu schnelles Fahren auf. 1976 entfielen hierauf 27 % der den Kraftfahrzeugführern zuzuschreibenden Ursachen. Dahinter folgten die Ursachen „Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren“ mit 15 % und „Nichtbeachten der Vorfahrt“ mit 14 % der Unfallursachen. 13 % der Ursachen entfielen auf die Position Alkoholeinfluß.

Zu schnelles Fahren war auch die häufigste Ursache für Unfälle mit Personenschaden, in die Kraftfahrer verwickelt waren. Der Anteil war mit 24 % jedoch geringer als in der Gruppe der Kraftfahrzeuge insgesamt. Dafür spielte der Alkoholeinfluß eine größere Rolle. Mit 18 % der Ursachen rangierte er an zweiter Stelle der Ursachenrangfolge, mit deutlichem Abstand vor weiteren Ursachen.

Karlheinz König

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte H 1 1

Kurzberichte

Fremdenverkehr 1977 in Kürze

Im vergangenen Sommer zeigte sich der Wettergott nicht von seiner besten Seite. Wenn es auch kein verregneter Sommer war, so konnte er doch nicht mit dem „Jahrhundertsommer“ des Jahres 1976 mithalten. Hinsichtlich der Durchschnittstemperatur und der Sonnenscheindauer weicht er erheblich von seinem Vorgänger ab. So wurden in allen Monaten des Sommerhalbjahres 1977 geringere Durchschnittstemperaturen als im Jahre 1976 gemessen. Teilweise lagen sie um mehr als ein Grad Celsius unter dem langjährigen Durchschnitt. Nur im Juni und mit Einschränkungen auch im Mai lagen die Temperaturen in einem der Jahreszeit angemessenen Bereich. Auf die Sonne war im vergangenen Sommer weit weniger Verlaß als im Jahre 1976. Gerade in den Hauptmonaten Juni, Juli und August wurde das Sonnenscheinsoll erheblich unterschritten. Besonders rar machte sich die Sonne im August. Während sie 1976 in diesem Monat 283 Stunden geschienen hatte, zeigte sie sich im vergangenen Sommer nur 164 Stunden lang. Der langjährige Durchschnitt liegt für August bei 195 Stunden. Auch an der durchschnittlichen Niederschlagsmenge zeigt sich die ungünstige Wetterlage im letzten Sommer. Geringere Niederschläge als im Vorjahr wurden nur im Mai registriert. In den übrigen Monaten regnete es im Vergleich zum Vorjahr wesentlich mehr.

Das ungünstigere Wetter im vergangenen Sommer war sicherlich der Grund, warum die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem Sommerhalbjahr 1976 um 0,8 % zurückgegangen ist. Von einem generellen Rückgang des Fremdenverkehrs kann jedoch nicht die Rede sein, denn die Zahl der Gäste ist im gleichen

Zeitraum um 2 % angestiegen. Vielmehr hat das schlechtere Wetter zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer geführt. Während sie 1976 bei 9,4 Tagen lag, waren es 1977 nur noch 9,1 Tage. Der Anstieg der Gästezahl signalisiert andererseits eine weitere Expansion des Fremdenverkehrs, zu der die beiden vorausgegangenen schönen Sommer zweifellos den Anstoß gegeben haben.

Daß das Wetter den Fremdenverkehr beeinflusst hat, wird an der unterschiedlichen Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen im Verlauf des Sommerhalbjahres deutlich. In der ersten Hälfte des Sommerhalbjahres war das Wetter nicht schlechter als in den beiden vorausgegangenen Jahren. So überrascht es nicht, daß in den beiden Monaten Mai und Juni zusammen die Zahl der Gäste um 7,3 % und die Zahl der Übernachtungen um 6,2 % höher waren als 1976. Demgegenüber war die Zahl der Übernachtungen in den folgenden drei Monaten jeweils niedriger als im Vorjahr. Im 3. Quartal 1977 wurden insgesamt 2,5 % weniger Übernachtungen registriert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gästezahl stieg dagegen um 0,3 %.

Einen entscheidenden Einfluß auf die zeitliche Verteilung des Fremdenverkehrs hat auch die Lage der Schulferien in den Bundesländern. Die Ferienordnung des vergangenen Jahres hätte jedoch eher eine Schwächung des Juni-Ergebnisses und eine Stärkung des Fremdenverkehrs im August erwarten lassen. Im Jahre 1976 begannen die Sommerferien nämlich in sechs Bundesländern, und zwar in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Berlin und Hessen, schon im Juni. 1977 hatten dagegen nur die

Länder Niedersachsen, Bremen, Berlin und Baden-Württemberg einen so frühen Ferienbeginn. Von den für Schleswig-Holstein wichtigen Herkunftsländern war also nur Niedersachsen übrig geblieben. Die meisten Gäste Schleswig-Holsteins kommen aus Nordrhein-Westfalen. Dort begannen die Sommerferien im vergangenen Jahr am 7. Juli, eine Woche früher als 1976. Obwohl diese Verschiebung nur gering ist, hatte sie weitreichende Konsequenzen. Einmal ebte die Fremdenverkehrswelle früher ab als gewohnt. Zum anderen dürften zahlreiche Urlauber ohne Kinder im schulpflichtigen Alter ihren Urlaub vorverlegt haben, um dem Ansturm aus Nordrhein-Westfalen Anfang Juli zu entgehen. Entscheidend war aber, daß schönes Wetter in Schleswig-Holstein herrschte, als in Nordrhein-Westfalen die Ferien begannen. Erst ab Mitte Juli war das Wetter kühl und regnerisch. So werden viele Urlauber aus Nordrhein-Westfalen zumindest 14 Tage in Schleswig-Holstein geblieben sein. Zahlreiche Familien aus Schleswig-Holstein und Hamburg, wo die Sommerferien erst Ende Juli und Anfang August begonnen hatten, werden wegen des schlechten Wetters in jener Periode dagegen nach Süden ausgewichen sein.

Den Einfluß des Wetters bekamen vor allem die Seebäder zu spüren. Sowohl an der Nordsee als auch an der Ostsee ging die Zahl der Übernachtungen um 1 % zurück. Die Zahl der Gäste stieg dagegen weiter an. In den Ostseebädern, wo das Angebot noch nicht voll ausgeschöpft ist, war der Anstieg mit 2 % etwas höher als in den Nordseebädern, die einen Zuwachs von 1 % verzeichneten. In den Heilbädern verlief die Entwicklung wie in den Seebädern, nur daß die Zahl der Übernachtungen mit 3 % noch stärker zurückging. Hierfür dürfte jedoch weniger das Wetter als die Verkürzung der Heilbehandlungsdauer maßgebend gewesen sein. Außerdem war eine Kurklinik in Mölln vorübergehend

geschlossen. In den übrigen Gemeindegruppen nahm die Zahl der Übernachtungen weiter zu, wobei der Zuwachs zwischen 1 % und 2 % lag.

Trotz des ungünstigen Wetters lockten die Ferienzentren im vergangenen Sommer wieder mehr Gäste an. Ihre Zahl stieg um 2,7 %, die Zahl der Übernachtungen lag um 3,5 % höher. Diese Entwicklung hängt vor allem mit dem hohen Anteil der Pauschalreisen zusammen, die für eine größere Stabilität der Nachfrage sorgen. Außerdem bieten Ferienzentren auch bei schlechterem Wetter ausreichend Abwechslung.

Der Campingbereich hat 1977 nicht wesentlich schlechter als 1976 abgeschnitten. Einem Plus von 2 % bei den Gästen steht ein Minus von 1 % bei den Übernachtungen gegenüber. Hier muß man aber zwischen dem Durchreiseverkehr und dem Dauercamping unterscheiden. Der Durchreiseverkehr hat gegenüber 1976 nämlich deutlich nachgelassen. Während die Zahl der Gäste um 9 % zurückgegangen ist, betrug der Rückgang bei den Übernachtungen 12 %. Demgegenüber hat das Dauercamping weiter zugenommen. Dies ist jedoch allein die Folge einer um 6 % erhöhten Zahl von Dauerstellplätzen. Damit wurde ein Nachfragezuwachs ausgelöst, der den wetterbedingten Rückgang der Übernachtungen bei den durchreisenden Campern mehr als ausgeglichen hat.

Im Jugendherbergsbereich hat das Wetter den seit einiger Zeit zu beobachtenden Aufwärtstrend nicht beeinträchtigt. Es wurden 5 % mehr Gäste und 4 % mehr Übernachtungen registriert. Dagegen bröckelte der Fremdenverkehr der Kinderheime weiter ab.

Karlheinz König

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht G IV 1

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Geborene und Gestorbene

Vier Faktoren haben die Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenanzahlen der Nachkriegszeit besonders nachhaltig beeinflusst: die Wanderungsbewegung, der durch zwei Kriege geprägte Altersaufbau, das generative Verhalten der Bevölkerung und die verbesserte und auch häufiger in Anspruch genommene medizinische Vorsorge.

Nach Kriegsende wurden zunächst viele Kinder geboren, die ohne den Krieg normalerweise einige Jahre früher zur Welt gekommen wären. 1947 zählte man 45 000 Lebendgeborene, 1950 noch 41 400. Dann fiel die Zahl der Lebendgeborenen unter 40 000, erreichte 1955 mit 31 900 den Tiefpunkt, Mitte der sechziger Jahre aber wieder die gleiche Höhe wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. 1966 wurden 45 900 Kinder lebend geboren. 1967 begann, für viele überraschend, der Geburtenrückgang, der wegen seiner Stärke und Dauer weit in die Zukunft wirken wird.

Dieser Geburtenrückgang hat in erster Linie generative Gründe. Die Ehepartner wünschen zur Zeit wenig Kinder. Erst in zweiter Linie hängt die abnehmende Geburtenzahl mit den ebenfalls rückläufigen Eheschließungen zusammen. Die Grafik zeigt im unteren Teil, wie die Fruchtbarkeit der Frauen gleichen Alters von 1955 auf 1965 für fast alle Jahre der unterstellten Gebärfähigkeit zunahm, 1975 aber meist deutlich unter den Vergleichszahlen von 1955 liegt. Die jähr-

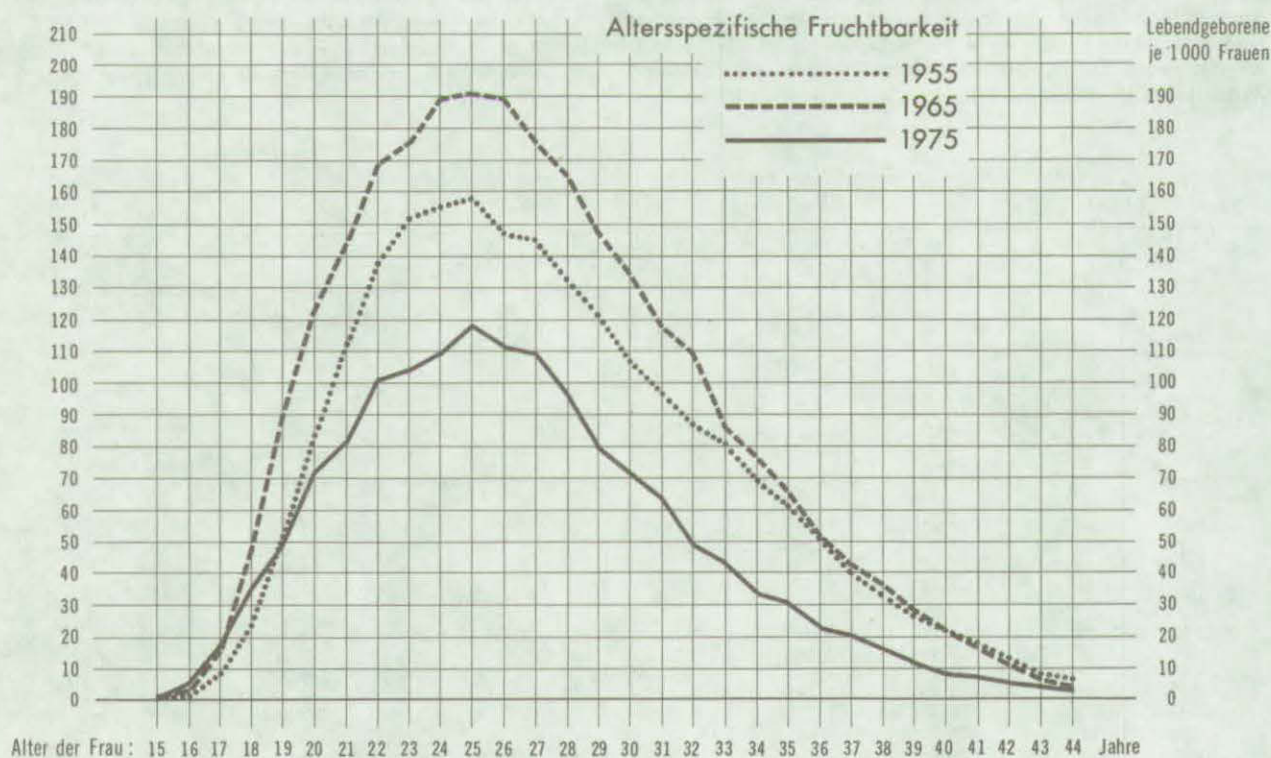
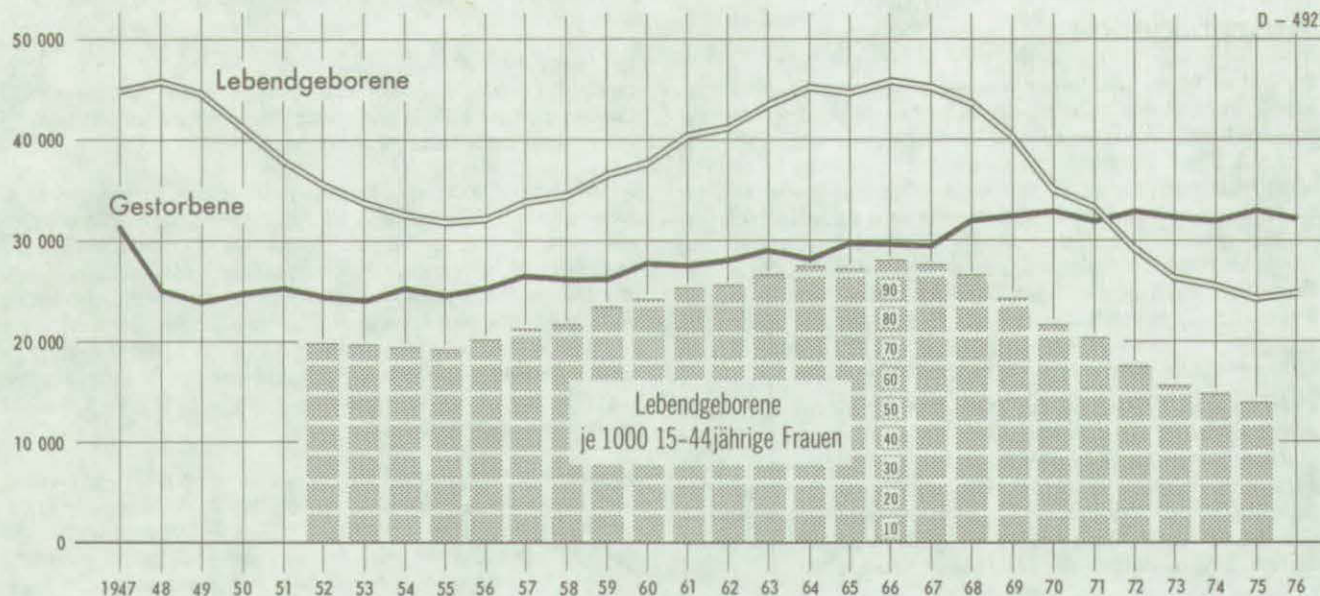
lichen Durchschnittswerte der Fruchtbarkeit sind im oberen Teil der Grafik unter den beiden Kurven der Geborenen und Gestorbenen dargestellt. Das gilt mit einer kleinen Einschränkung: die "allgemeine Fruchtbarkeitsziffer" schließt auch die wenigen Kinder ein, die von Frauen über 45 Jahren geboren werden.

Die Entwicklung der Gestorbenenanzahlen hängt in erster Linie vom Altersaufbau ab. Im ersten Nachkriegsjahr 1946 waren nur 9 % aller Einwohner 65 Jahre alt und älter, um 1955 12 %, um 1970 15 %; seitdem ist ihr Anteil noch einen halben Prozentpunkt höher gestiegen. Von den Mangeljahren bis 1949 abgesehen, ist hier ein fast ständiges Ansteigen der Gestorbenenanzahlen festzustellen: von 23 900 im Jahre 1949 bis 33 000 im Jahre 1975. In den letzten Jahren ist der Anstieg allerdings zum Stillstand gekommen. Die medizinische Vorsorge wirkte sich am sichtbarsten im Rückgang der Säuglingssterblichkeit und der Totgeborenenhäufigkeit aus. 1949 starben von 1 000 Lebendgeborenen noch 50 innerhalb des ersten Lebensjahres, 1976 nur 16 von 1 000 Säuglingen; immer noch zu viele, aber doch ungleich weniger als zuvor. 1949 kamen auf 1 000 Geburten 22 Totgeburten, 1976 nur noch 7. Die günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und der Totgeborenenhäufigkeit geht mit einer Abnahme der Hausgeburten einher. Wurden 1952 erst ein Drittel der Kinder in einer Anstalt zur Welt gebracht, ist heute die Hausgeburt die Ausnahme: Nur eine von hundert Geburten findet zu Hause statt.

Jahr	Lebendgeborene				Totgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)				Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	
	Anzahl	Je 1000 Einwohner	nicht-ehehlich	Anstaltsgeburten in %		Anzahl	Je 1000 Einwohner	im 1. Lebensjahr		Anzahl	Je 1000 Einwohner
								Anzahl	Je 1000 Lebendgeborene 1)		
1938	33 596	21,6	2 325	.	802	17 270	11,1	1 801	53,6	16 326	10,5
1947	44 973	17,3	5 680	.	933	31 321	12,0	3 700	82,3	13 652	5,2
1948	45 730	17,3	4 773	.	968	25 101	9,5	2 800	61,2	20 629	7,8
1949	44 486	16,8	4 751	.	980	23 935	9,0	2 242	50,4	20 551	7,8
1950	41 370	15,9	4 836	.	897	24 705	9,5	2 064	49,3	16 665	6,4
1951	38 044	15,2	4 480	29,1	812	25 363	10,1	1 762	45,7	12 681	5,1
1952	35 666	14,6	3 979	33,7	756	24 338	10,0	1 498	41,7	11 318	4,6
1953	33 724	14,3	3 641	37,1	713	23 979	10,1	1 387	40,8	9 745	4,1
1954	32 664	14,2	3 476	42,2	699	25 217	10,9	1 222	37,2	7 437	3,2
1955	31 878	14,0	3 202	44,0	634	24 478	10,8	1 229	38,4	7 400	3,2
1956	32 233	14,3	3 003	47,0	623	25 218	11,2	1 205	37,5	7 015	3,1
1957	33 788	15,0	2 950	51,6	566	26 398	11,7	1 103	32,8	7 390	3,3
1958	34 399	15,2	2 742	55,0	593	26 072	11,5	1 120	32,6	8 327	3,7
1959	36 710	16,1	2 797	57,5	577	26 079	11,4	1 164	32,0	10 631	4,7
1960	37 786	16,5	2 620	61,5	556	27 660	12,1	1 155	30,7	10 126	4,4
1961	40 258	17,4	2 455	65,3	584	27 482	11,9	1 145	28,7	12 776	5,5
1962	41 222	17,7	2 301	68,3	582	27 944	12,0	991	24,1	13 278	5,7
1963	43 596	18,6	2 267	72,2	559	29 048	12,4	957	22,1	14 548	6,2
1964	45 226	19,1	2 131	76,6	586	28 124	11,9	1 013	22,5	17 102	7,2
1965	44 708	18,7	1 961	80,4	555	29 941	12,5	903	20,2	14 767	6,2
1966	45 930	19,0	1 974	83,6	538	29 811	12,3	942	20,6	16 119	6,7
1967	45 351	18,6	1 926	86,1	488	29 556	12,1	850	18,7	15 795	6,5
1968	43 833	17,8	1 979	89,7	516	32 159	13,1	880	20,0	11 674	4,8
1969	40 381	16,3	1 972	91,6	436	32 468	13,1	895	22,0	7 913	3,2
1970	35 171	14,1	1 806	93,6	367	32 990	13,2	781	21,7	2 181	0,9
1971	33 523	13,3	1 842	95,0	341	31 951	12,6	687	20,4	1 572	0,6
1972	29 354	11,5	1 740	96,1	289	32 847	12,9	583	19,5	- 3 493	- 1,4
1973	26 398	10,3	1 689	97,2	255	32 319	12,6	573	21,5	- 5 921	- 2,3
1974	25 545	9,9	1 670	98,1	235	32 084	12,4	461	18,0	- 6 539	- 2,5
1975	24 282	9,4	1 604	98,6	174	32 993	12,8	460	18,8	- 8 711	- 3,4
1976	24 861	9,6	1 688	98,9	173	32 185	12,4	404	16,3	- 7 324	- 2,8

1) ab 1950 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A II 1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung)



Zur Methode

Erhebungsunterlagen sind Zählblätter, die der die Geburt oder den Sterbefall beurkundende Standesbeamte ausfüllt oder die er ergänzt, wenn der Personenstandsfall sich in einer Anstalt ereignete und von ihr statistisch festgehalten wurde. Die Geborenen werden dem Wohnort der Mutter zugeordnet, die Gestorbenen dem letzten Wohnort. Durch Austausch der Zählkarten unter den Statistischen Landesämtern werden auch diejenigen, die außerhalb der Landesgrenzen geboren werden oder sterben, ihrer Wohngemeinde zugezählt oder abgerechnet. Dieses Wohnortprinzip gilt für alle in der Tabelle ausgewiesenen Jahre. "Lebendgeborene" sind laut § 29 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die

natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Bis 1957 galten als "Lebendgeborene" nur Kinder, bei denen die natürliche Lungenatmung eingesetzt hatte. "Totgeborene" müssen mindestens 35 cm messen. Fehlgeburten sind kleiner als 35 cm und werden nicht in den Personenstandsbüchern registriert und auch nicht statistisch erfaßt. Die Unterscheidung der Kinder nach ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren, insbesondere Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen sind in den Zahlen nicht enthalten.

Bei der Errechnung der Säuglingssterblichkeit, dem Verhältnis der im ersten Lebensjahr Gestorbenen zu 1000 Lebendgeborenen, wurden mit Ausnahme der Jahre bis einschließlich 1949 alle im Berichtsjahr gestorbenen Säuglinge auf die Lebendgeborenen ihres jeweiligen Geburtsmonats bezogen, der bis zu 12 Monate zurück, also auch im Vorjahr liegen kann.

Auszubildende

Die Zahl der Auszubildenden (früher Lehrlinge genannt) wird – abgesehen vom Bereich des öffentlichen Dienstes – von den Kammern registriert. Von den Industrie- und Handelskammern sowie von den Handwerkskammern wurden 1975 insgesamt 82 % aller Auszubildenden erfaßt. Werden noch die Angaben der Landwirtschaftskammer hinzugerechnet, so ergibt sich eine Erfassungsquote von 86 %. Für die Ausbildungsbereiche dieser drei Kammerarten konnten Zeitreihen für die letzten zwei Jahrzehnte aufgestellt werden. Für die übrigen Ausbildungsbereiche, nämlich im Bereich des öffentlichen Dienstes (4 %) und im Bereich der freien Berufe (10 %), zum Beispiel Arzt- und Apothekenhelferinnen, Rechtsanwalts- und Notargehilfen, liegen vollständige Zahlenangaben erst seit 1973 vor. Im Jahre 1975 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 52 300 Auszubildende, darunter 2057 im öffentlichen Dienst und 5 495 im Bereich der freien Berufe.

Werden die Aussagen auf die Bereiche Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft beschränkt, so ist festzuhalten, daß die Zahl der Auszubildenden 1957 rund 64 500 und 1974 rund 45 400 betragen hat. Im Jahre 1974 standen somit in diesen vier Bereichen zusammen 19 100 Jugendliche (30 %) weniger in der beruflichen Ausbildung als 1957. Bemerkenswert ist, daß es zwischen 1966 und 1968 – in einer Zeit der wirtschaftlichen Flaute – mit 61 200 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt ein zwischenzeitliches Ausbildungshoch gegeben hat.

Von den Auszubildenden in Industrie und Handel waren 1975 knapp 50 % Frauen. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden ist in den letzten Jahren rückläufig gewesen. Im Beobachtungszeitraum 1956 bis 1974 hat er bei über 50 % gelegen, und zwar jeweils mit dem Maximum von 56 % in den Jahren 1960 und 1966. Der Rückgang des Frauenanteils ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Auszubildenden in kaufmännischen Berufen stärker abgenommen hat als die in

gewerblichen Berufen. So wurden zum Beispiel 1967 rund 25 700 Jugendliche in kaufmännischen und 8 300 in gewerblichen Berufen ausgebildet. 1975 lagen die entsprechenden Zahlen bei 15 300 (-40 %) und bei 6 700 (-19 %).

Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk zeigt seit einigen Jahren einen leichten Aufwärtstrend. 1975 wurden 21 800 Jugendliche in handwerklichen Berufen ausgebildet, das sind fast 1 700 (+ 8 %) mehr als 1972. Damals erreichte das Handwerk mit 20 100 Auszubildenden den niedrigsten Stand im Beobachtungszeitraum 1956 bis 1975. Das Handwerk ist eine Domäne der Männer. Der Anteil der jungen Mädchen an allen Auszubildenden in handwerklichen Berufen lag in den letzten beiden Jahrzehnten lediglich zwischen 15 bis 19 %. Das hängt damit zusammen, daß viele Handwerksberufe "schwere" Berufe sind. So wurden zum Beispiel 1975 sieben Zehntel der Jugendlichen in Metall- (55 %) sowie in Bau- und Ausbauhandwerken (14 %) ausgebildet.

Die langfristige Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft folgte dem allgemeinen Strukturwandel im landwirtschaftlichen Bereich. Von 1956, dem Beginn der vorliegenden Zeitreihe, bis 1973 ist die Zahl der Auszubildenden – nur unterbrochen durch eine leichte Zunahme in den Jahren 1967/68 – rückläufig gewesen. 1956 wurden gut 4 300 Jugendliche für landwirtschaftliche Berufe ausgebildet, 1973 waren es knapp 1 500, das heißt zwei Drittel weniger als damals. In den letzten beiden Beobachtungsjahren 1974 und 1975 zeigte die Ausbildungszahl eine deutliche Aufwärtsentwicklung, wobei zu diesem Zeitpunkt die Frage offen bleibt, ob das lediglich eine vorübergehende Erscheinung im Zusammenhang mit der allgemeinen, zur Zeit immer größer werdenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist.

Jahresende	Auszubildende								
	in Industrie und Handel				im Handwerk				in der Landwirtschaft
	insgesamt	und zwar			insgesamt	und zwar			
		weiblich	in gewerblichen Berufen	in kaufmännischen Berufen		weiblich	in Metallhandwerken	in Bau- und Ausbauhandwerken	
1956	29 314	15 102	7 933	21 381	29 660	4 766	9 624	8 145	4 337
1957	31 592	16 530	9 068	22 524	28 852	4 780	10 085	7 472	4 091
1958	32 390	17 480	9 238	23 152	28 313	5 034	10 465	7 174	3 831
1959	31 957	17 543	8 457	23 500	27 542	4 973	10 560	6 840	3 461
1960	31 191	17 479	8 083	23 108	26 023	4 855	10 365	6 357	2 978
1961	28 887	15 804	7 609	21 278	23 563	4 433	9 711	5 786	2 481
1962	27 437	14 835	7 530	19 907	21 796	4 141	9 207	5 311	2 311
1963	26 517	14 238	7 342	19 175	21 307	4 088	9 308	4 980	2 491
1964	27 402	15 121	7 317	20 085	22 767	4 215	10 281	5 297	2 499
1965	27 617	15 312	7 167	20 450	23 046	4 225	10 585	5 268	2 486
1966	32 133	17 985	8 218	23 915	24 730	4 337	11 705	5 553	2 458
1967	34 010	18 718	8 278	25 732	26 343	4 850	12 267	5 483	2 624
1968	33 347	17 888	7 940	25 407	24 844	4 654	11 633	4 765	3 047
1969	27 477	14 377	7 202	20 275	21 250	3 678	11 127	3 228	2 613
1970	26 945	13 781	7 349	19 596	20 632	3 536	11 002	3 149	1 959
1971	26 625	13 738	7 383	19 242	20 153	3 303	11 148	3 097	1 667
1972	25 186	12 912	7 178	18 008	20 128	3 122	11 523	3 110	1 503
1973 ¹⁾	22 991	11 745	6 825	16 166	20 623	3 053	12 018	3 242	1 475
außerdem	860	615	-	860	-	-	-	-	-
1974 ¹⁾	21 788	10 942	6 750	15 038	21 147	3 309	12 098	3 319	1 668
außerdem	830	624	-	830	-	-	-	-	-
1975 ¹⁾	21 016	10 237	6 732	14 284	21 783	3 704	12 068	3 137	1 922
außerdem	1 042	751	-	1 042	-	-	-	-	-

1) Es handelt sich um die Zahl der Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen, die ab 1973 nicht mehr zum Bereich Industrie und Handel gezählt werden; im Zeitraum 1956 bis 1972 sind sie in diesen Zahlen enthalten. Sie gehören jetzt zu den übrigen Ausbildungsbereichen, und zwar zu den freien Berufen. Sie wurden hier aufgeführt, um einen langfristigen Zeitvergleich der Zahl der Auszubildenden zu ermöglichen.

Inhalt der bisher erschienenen Hefte
des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Die Volkszählung 1981	1/10
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungstichprobe 1978	1/20
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Revision des Bruttoinlandsprodukts	1/2

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1978

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 584	2 583	2 584	2 583	2 583	2 589	2 588	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 248	1 205	1 347	892	1 251	1 420	1 036	
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,8	5,6	6,1	4,2	5,7	6,7	4,7	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 024	2 066	1 993	1 918	1 986	2 015	1 873	
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,4	9,6	9,1	9,0	9,1	9,5	8,5	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 675	2 576	2 665	2 794	2 314	2 555	
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,8	12,4	11,7	12,5	12,7	10,9	11,8	
" darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	38	34	37	33	36	22	16	
"	je 1 000 Lebendgeborene	18,9	16,3	18,6	17,2	18,1	10,9	8,5	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 726	- 609	- 583	- 747	- 808	- 299	- 682	
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,4	- 2,8	- 2,7	- 3,5	- 3,7	- 1,4	- 3,1	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 329	6 110	6 873	5 861	5 655	7 263	6 854	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 764	5 476	7 083	5 820	5 202	6 118	6 975	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 565	+ 634	- 210	+ 41	+ 453	+ 1 145	- 121	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 770	9 495	10 264	10 012	9 603	11 708	11 181	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 863	21 081	24 220	21 693	20 460	25 089	25 010	
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	147	98	157	149	137	173	165	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	47	47	44	47	51	40	44	47	51	
darunter *Männer	1 000	27	24	20	22	26	18	20	22	25	
Kurzarbeiter	1 000	12	5	2	3	6	1	2	3	4	
darunter Männer	1 000	8	3	1	2	4	1	2	2	3	
Offene Stellen	1 000	10	9	8	7	6	9	8	7	7	
darunter für Männer	1 000	6	6	5	5	4	6	6	5	4	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 560 ^a	.	.	1 560	.	.	.	p 1 565	
darunter *Milchkühe	1 000	503 ^a	513 ^a	.	.	513	.	.	.	p 515	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	503 ^a	513 ^a	.	.	513	.	.	.	p 515	
*Schweine	1 000	1 620 ^a	1 696 ^a	.	.	1 696	.	.	.	p 1 796	
darunter *Zuchtsauen	1 000	170 ^a	181 ^a	.	.	181	.	.	.	p 194	
darunter *trächtig	1 000	113 ^a	123 ^a	.	.	123	.	.	.	p 130	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	36	51	47	33	48	53	51	34	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	212 ^b	223	236	261	250	245	254	244	253	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	6 ^b	6 ^c	5	12	10	3	5	10	9	
*Schlachtmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	26,9	28,0	33,3	33,4	28,7	33,5	35,0	32,5	29,3	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,2	9,4	13,5	11,8	8,4	13,4	14,3	13,1	9,0	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	17,5	18,4	19,7	21,4	20,1	19,9	20,5	19,2	20,1	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	271	272	274	263	262	280	280	271	274	
Kälber	kg	92	95	97	97	97	97	102	100	102	
Schweine	kg	85	84	85	86	84	82	82	82	82	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	489	520	441	571	454	112	201	154	104
	für Masihühnerküken	1 000	1 014	1 115	998	1 107	1 144	1 076	1 051	1 125	1 042
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	838	902	893	1 002	995	891	906	981	847	
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkeereien und Händler geliefert	%	186	190	131	151	175	133	143	158	182	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	93	94	94	94	94	95	95	95	95	
	kg	12,3	12,3	8,3	9,9	11,1	8,6	9,0	10,2	11,4	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1975/76 = 10

c) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Verarbeitende Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000		164	166	165	163	166	166	165	164
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000		117	119	118	117	119	119	118	117
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000		18 116	19 076	19 045	18 247	18 091	18 585	18 670	17 411
*Löhne (brutto)	MILL. DM		234,7	221,5	279,2	239,1	241,9	234,4	304,8	250,2
*Gehälter (brutto)	MILL. DM		123,7	117,3	157,4	142,7	129,7	126,3	177,9	158,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige ⁹⁾	MILL. DM						970	1 066	970	1 025
darunter Ausland	MILL. DM						235	255	242	247
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	MILL. DM		1 938	1 993	2 034	2 288	2 090	2 202	2 183	2 182
darunter *Auslandsumsatz	MILL. DM		356	331	325	490	311	554	528	375
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾		21	19	18	12	3	36	39	38
*Gasverbrauch ¹¹⁾	MILL. m ³		21,5	19,1	24,8	22,7	28,4	31,7	24,6	26,6
*Stadt- und Kokereigas	MILL. m ³		4,3	4,4	3,7	3,7	3,5	3,2	3,2	2,5
*Erd- und Erdölgas	MILL. m ³		17,1	14,8	21,1	18,9	24,9	28,5	21,4	24,1
*Heizölverbrauch	1 000 t		82	93	96	90	74	82	91	87
*leichtes Heizöl	1 000 t		17	18	20	22	15	18	19	20
*schweres Heizöl	1 000 t		65	75	75	68	59	67	73	68
*Stromverbrauch	MILL. kWh		180	200	198	193	182	196	197	191
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	MILL. kWh		35	41	50	49	32	39	46	42
Index der industriellen Nettoproduktion (von Kalendernunregelmäßigkeiten bereinigt)										
*Gesamte Industrie ¹²⁾	1970 = 100	112	119	127	131	115
*Bergbau	1970 = 100	74	70	64	67	67
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1970 = 100	106	115	125	122	103
*Investitionsgüterindustrie	1970 = 100	124	125	132	139	134
*Verbrauchsgüterindustrie	1970 = 100	107	115	128	133	113
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1970 = 100	107	117	123	130	104
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie	1970 = 100									
Handwerk (Melfzahlen)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9. 1970 = 100	89,6	91,7			92,5	98,1			...
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	141,1	149,8			187,6	168,9			...
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	MILL. kWh	295								
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	MILL. kWh	617								
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	MILL. m ³	6	5	5	5	7	3	4	5	6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)¹⁴⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	50 744	51 985	53 380	52 322	51 353	54 091	54 037	53 324	52 380
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 557	6 546	7 788	7 441	5 142	7 776	7 524	6 802	5 810
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 664	2 905	3 477	3 346	2 340	3 564	3 372	3 102	2 670
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 121	1 087	1 203	1 177	846	1 178	1 152	995	869
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 535	2 234	2 668	2 542	1 720	2 640	2 619	2 426	2 035
*Löhne (brutto)	MILL. DM	84,0	87,6	106,1	107,0	74,0	108,5	106,8	111,2	90,9
*Gehälter (brutto)	MILL. DM	12,1	12,9	12,7	16,0	15,4	13,6	13,5	18,1	16,0
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	MILL. DM	268,4	295,8	360,4	395,2	522,4	361,1	354,6	391,4	800,8

⁸⁾ wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

⁹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E 11

¹⁰⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

¹¹⁾ eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheitels = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

¹²⁾ umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/m³

¹³⁾ ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie

¹⁴⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

14) 1975 und 1976 ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	721	936	805	721	717	1 251	1 029	879	889
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	679	899	786	677	690	1 219	976	850	849
*umbauter Raum	1 000 m ³	658	761	590	627	571	990	912	718	772
*Wohnfläche	1 000 m ²	118	134	103	111	101	171	156	121	133
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	168	207	153	144	199	193	193	153
*umbauter Raum	1 000 m ³	689	579	610	475	345	506	556	795	604
*Nutzfläche	1 000 m ²	122	106	114	91	72	91	97	144	109
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 333	1 437	1 071	1 202	1 115	1 652	1 702	1 305	1 516
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	1 634	1 321	811	832	9 393	666	938	1 030	...
Wohnräume ¹⁵⁾	Anzahl	7 264	6 221	3 771	4 262	43 925	3 140	3 973	5 065	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	411,7	449,5	425,2	451,1	620,0	425,6	729,0	455,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	52,4	56,3	63,5	60,4	60,9	70,7	72,4	53,8	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	359,3	393,3	361,7	390,7	559,2	354,9	656,5	401,2	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	8,5	9,6	11,0	12,4	9,9	8,7	9,8	10,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	33,9	31,6	35,6	27,1	38,5	32,4	34,8	17,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	317,0	352,1	315,1	351,2	510,8	313,8	611,9	373,1	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	23,0	28,7	29,3	30,8	27,1	27,2	29,4	28,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	294,0	323,4	285,8	320,4	483,6	286,6	582,5	345,1	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	166,7	189,8	175,7	184,8	308,3	190,0	187,4	172,5	...
darunter Italien	Mill. DM	18,5	19,5	21,0	21,7	19,4	18,6	19,4	18,9	...
Niederlande	Mill. DM	36,8	36,7	36,1	38,0	38,2	36,7	50,5	49,1	...
Dänemark	Mill. DM	40,5	48,1	39,3	r 44,0	40,1	50,4	35,6	28,5	...
Großbritannien	Mill. DM	29,5	36,4	28,7	27,3	143,7	30,0	25,9	28,6	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	158,2	172,6	172,3	r 187,8	229,7	184,2	187,1	204,4	...
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	152,7	158,8	147,0	r 117,5	123,7	190,3	158,9	121,3	...
Fremdenverkehr in 159 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	243	247	191	99	86	291	p 193	p 99	p 88
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	19	16	11	8	22	p 17	p 10	p 8
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 986	2 040	956	362	328	2 296	p 940	p 394	p 327
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	40	34	23	17	45	p 38	p 22	p 17
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁶⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 074	1 103	1 176	1 239	1 102
Güterversand	1 000 t	461	442	408	459	450
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	202	190	161	204	220	226	204	192	214
*Güterversand	1 000 t	244	242	278	251	210	241	225	242	233
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 125	8 861	8 280	8 093	7 472	8 955	8 943	8 664	...
*Personenkraftwagen ¹⁷⁾	Anzahl	123	179	57	33	29	110	70	38	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 326	7 888	7 471	7 376	6 753	8 016	7 998	7 806	...
	Anzahl	293	393	378	379	368	373	431	474	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 365	1 476	1 374	1 662	1 629	1 614	1 609	1 724	p 1 493
*Getötete Personen	Anzahl	57	49	50	73	48	76	64	76	p 60
*Verletzte Personen	Anzahl	1 808	1 932	1 757	2 086	2 131	2 098	2 095	2 225	p 1 961

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

16) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

17) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
				Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁸⁾										
*Kredite 19) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	28 066	32 062	31 504	31 695	32 062	34 974	35 255	35 632	36 181
darunter										
*Kredite 19) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	26 542	30 194	29 631	29 813	30 194	32 904	33 188	33 539	34 096
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 056	5 476	5 627	5 528	5 476	5 810	5 829	5 775	6 107
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 929	5 404	5 412	5 292	5 404	5 769	5 771	5 716	5 987
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	127	72	216	236	72	41	59	60	121
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 549	3 159	3 034	3 070	3 159	3 504	3 521	3 652	3 638
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 156	2 707	2 553	2 613	2 707	3 034	3 061	3 067	3 058
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	393	452	481	456	452	469	460	584	580
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 937	21 558	20 970	21 216	21 558	23 591	23 838	24 412	24 351
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 378	17 089	16 714	16 860	17 089	18 622	18 843	19 091	19 292
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 559	4 469	4 256	4 356	4 469	4 969	4 995	5 021	5 060
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	22 147	24 233	23 657	24 004	24 233	25 553	25 791	26 222	26 612
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	11 428	12 528	12 474	12 769	12 528	13 641	13 794	14 161	14 060
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 244	8 046	8 034	8 297	8 046	9 022	9 196	9 579	9 458
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 184	4 483	4 440	4 472	4 483	4 619	4 598	4 581	4 602
*Spareinlagen	Mill. DM	10 719	11 705	11 183	11 235	11 705	11 912	11 998	12 062	12 552
*bei Sparkassen	Mill. DM	6 211	6 710	6 443	6 459	6 742	6 789	6 833	6 864	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	611	589	474	549	648	533	514	539	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	439	509	423	513	632	495	429	476	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	35	21	37	46	25	23	34	35
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,7	0,3	-	1	-	1	1	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	376	285	299	270	296	258
*Wechselsumme	Mill. DM	1,6	1,5	1,6	1,5	2,0	1,0
Steuern										
		Vierteljahres-			4. Vj. 76		3. Vj. 77		4. Vj. 77	
		durchschnitt								
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 302,5	1 451,6	.	.	1 740,9	1 652,1
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	992,7	1 112,3	.	.	1 401,7	1 286,4
*Lohnsteuer 20)	Mill. DM	655,7	727,3	.	.	914,1	793,8
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	265,4	303,3	.	.	365,6	375,4
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	7,1	10,2	.	.	10,7	8,7
*Körperschaftsteuer 20)	Mill. DM	64,5	71,5	.	.	111,3	108,5
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	309,8	339,3	.	.	339,2	365,7	.	.	383,9
*Umsatzsteuer	Mill. DM	217,1	231,4	.	.	221,9	262,6	.	.	258,0
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	92,7	107,9	.	.	117,3	103,1	.	.	125,9
*Bundessteuern	Mill. DM	103,6	121,9	.	.	124,4	105,0	.	.	117,4
*Zölle	Mill. DM	0,5	0,8	.	.	1,4	0,8	.	.	0,8
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	91,4	105,8	.	.	111,9	96,5	.	.	111,0
*Landessteuern	Mill. DM	95,7	107,7	.	.	115,2	112,8	.	.	112,5
*Vermögensteuer	Mill. DM	19,0	20,2	.	.	28,4	28,4	.	.	27,2
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	56,3	60,1	.	.	57,4	59,0	.	.	59,7
*Biersteuer	Mill. DM	3,0	3,3	.	.	3,4	5,1	.	.	4,0
*Gemeindesteuern ²¹⁾	Mill. DM	208,7	231,4	.	.	250,5	278,7
*Grundsteuer A ²¹⁾	Mill. DM	7,0	6,9	.	.	8,5	7,1
*Grundsteuer B ²²⁾	Mill. DM	31,4	41,6	.	.	41,2	43,7
*Gewerbsteuer	Mill. DM	170,3	182,9	.	.	200,8	224,5
*nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	134,2	142,5	.	.	160,2	187,6
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	18,6	19,2	.	.	19,8	20,5
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	733,8	826,8	.	.	990,5	908,1	.	.	1 070,9
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	390,7	443,3	.	.	577,2	517,7	.	.	614,9
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	211,4	234,1	.	.	234,1	252,3	.	.	264,9
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	.	.	54,8	33,2	.	.	73,7
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	767,8	835,8	.	.	993,3	979,6	.	.	1 106,7
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	463,6	515,0	.	.	637,7	593,8	.	.	693,4
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	180,6	185,6	.	.	185,5	239,9	.	.	227,0
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	.	.	54,8	33,2	.	.	73,7
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	293,9	329,6	.	.	436,7	366,8
*Gewerbsteuer	Mill. DM	170,3	182,9	.	.	200,8	224,5
*nach Ertrag und Kapital (netto) ²³⁾	Mill. DM	78,2	87,8	.	.	51,7	121,4
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	141,2	152,9	.	.	294,7	154,4

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976			1977			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	142,3	151,8	151,5	151,6	152,2	151,9	150,9	150,2	...
Ausfuhrpreise 24)	1970 = 100	136,5	141,7	142,2	141,8	141,6	143,7	143,5	143,3	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	137,7	146,8	148,5	148,3	148,3	148,1	147,6	147,2	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 24)	1970 = 100	135,5	140,8	142,4	142,1	142,1	144,7	144,6	144,5	...
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1970 = 100	133,2	149,0	148,3	147,7	p 148,6	p 143,7	p 142,5	p 143,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1970 = 100	138,9	143,7		145,7				152,7	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1970 = 100	138,7	147,8	149,3	149,0	149,3	151,2	150,1	p 150,3	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	133,9	139,0	139,4	140,0	140,7	144,5	144,8	145,0	...
*Preisindex der Lebenshaltung 26) insgesamt	1970 = 100	134,7	140,8	141,5	141,8	142,5	146,7	146,9	147,1	147,5
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	136,2	136,9	138,4	143,5	143,1	142,9	143,5
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	142,6	143,3	143,4	148,6	149,4	150,1	150,4
Wohnungsmieten	1970 = 100	133,2	140,0	141,2	141,6	141,9	145,6	146,0	146,3	146,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	177,9	176,3	177,5	177,9	179,0	178,3	179,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	131,0	135,5	136,1	136,6	137,0	140,1	140,8	141,7	142,3
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	448	482	499				529		
darunter *Facharbeiter	DM	473	507	522				554		
*weibliche Arbeiter	DM	291	315	323				346		
darunter *Hilfsarbeiter	DM	279	304	313				335		
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	10,49	11,21	11,46				12,24		
darunter *Facharbeiter	DM	11,00	11,77	12,02				12,81		
*weibliche Arbeiter	DM	7,35	7,84	7,94				8,51		
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,06	7,57	7,67				8,23		
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,9	43,5				43,2		
weibliche Arbeiter	Std.	39,5	40,1	40,7				40,6		
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 395	2 555	2 599				2 763		
*weiblich	DM	1 634	1 750	1 783				1 915		
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 595	2 753	2 802				2 986		
*weiblich	DM	1 603	1 704	1 733				1 838		
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 093	2 240	2 278				2 424		
*weiblich	DM	1 367	1 480	1 504				1 621		
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 267	2 255	2 258				2 467		
weiblich	DM	(1 547)	(1 613)	(1 654)				(1 717)		
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 194	2 341	2 382				2 537		
weiblich	DM	1 440	1 554	1 580				1 703		
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 564	2 716	2 761				2 952		
weiblich	DM	1 601	1 700	1 731				1 834		

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

18) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute: ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassennämter

19) einschließlich durchlaufender Kredite

21) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) nur Neubau

27) Effektivverdienste

20) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

22) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) für alle privaten Haushalte

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 159 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	12	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435
1975	16	20	12	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	17	16	11	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000							in Mill. DM				
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	48,1	31,2
1975	875	8	742	44	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	44	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	...	37,4

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁶⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	1 862	1 330
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 117	1 546
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 247	1 730
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude	der Lebenshaltung ⁷⁾ 1970=100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹⁰⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu- strieller Produkte 8)	landwirt- schaftlicher Produkte 8)9)		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾	
			1970=100			1970=100	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1972	107,0	114,4	117,8	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	121,6	126,4	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	117,6	135,6	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623
1975	135,5	133,2	138,9	134,7	130,1	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	140,8	136,8	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825

1) Errichtung neuer Gebäude

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); bis 1974: in 134 Berichtsgemeinden

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

6) ohne Schulden der Eigenbetriebe

7) für alle privaten Haushalte

8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) einschließlich Hoch- und Tiefbau

11) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1977			Bevölkerungsveränderung im September 1977			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1977	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
in %								
FLENSBURG	90 553	- 0,1	- 2,3	- 12	- 47	- 59	30 392	27 811
KIEL	256 750	- 0,0	- 1,0	- 52	- 22	- 74	83 312	76 477
LÜBECK	228 420	- 0,0	- 1,0	- 77	+ 23	- 54	71 370	64 967
NEUMÜNSTER	83 178	- 0,1	- 1,1	+ 2	- 122	- 120	30 078	26 974
Dithmarschen	130 261	+ 0,0	- 0,2	- 8	+ 52	+ 44	53 400	42 156
Hzgt. Lauenburg	152 460	+ 0,1	+ 0,4	- 52	+ 238	+ 186	56 505	48 557
Nordfriesland	161 493	- 0,1	- 0,1	- 29	- 195	- 224	66 614	53 712
Ostholstein	188 116	- 0,1	+ 0,4	- 36	- 219	- 255	69 613	59 256
Pinneberg	255 540	+ 0,1	+ 0,6	+ 3	+ 253	+ 256	97 178	85 506
Plön	114 778	+ 0,0	+ 0,6	- 1	+ 38	+ 37	47 054	39 496
Rendsburg-Eckernförde	240 015	+ 0,1	+ 0,9	+ 38	+ 139	+ 177	94 747	78 740
Schleswig-Flensburg	178 254	+ 0,1	+ 0,4	- 27	+ 168	+ 141	73 940	59 303
Segeberg	199 979	+ 0,2	+ 1,7	+ 5	+ 351	+ 356	84 068	71 997
Steinburg	129 790	+ 0,1	- 0,1	- 50	+ 133	+ 83	51 023	41 580
Stormarn	179 084	+ 0,2	+ 1,8	- 3	+ 355	+ 352	69 804	61 399
Schleswig-Holstein	2 588 671	+ 0,0	+ 0,2	- 299	+ 1 313	+ 1 153	979 098	837 931

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitende Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1977 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 11. 1977	Beschäftigte am 30. 11. 1977	Umsatz ⁴⁾ im November 1977 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	48	8 699	181	41	-	58
KIEL	97	25 576	264	138	4	173
LÜBECK	104	25 019	231	145	6	169
NEUMÜNSTER	50	9 956	67	63	-	76
Dithmarschen	46	5 541	164	75	2	121
Hzgt. Lauenburg	68	8 002	64	87	9	124
Nordfriesland	23	2 471	63	89	4	126
Ostholstein	48	4 985	60	112	3	136
Pinneberg	153	20 960	225	149	8	192
Plön	30	2 345	34	57	4	77
Rendsburg-Eckernförde	80	10 043	163	133	2	164
Schleswig-Flensburg	43	4 248	90	100	2	137
Segeberg	126	13 231	158	122	5	168
Steinburg	70	9 778	138	75	7	99
Stormarn	103	14 472	282	107	4	141
Schleswig-Holstein	1 089	165 326	2 183	1 493	60	1 961

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1977

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1977			Offene Stellen am 30. 11. 1977 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1977			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh- und Tag	Schweine insgesamt am 3. 8. 1977	Rindvieh am 3. 6. 1977	
		VZ 1970	30. 6. 1976	insgesamt					Milchkühe (einschl. Zugkühe)	
	in %		in 1 000							
Schleswig-Holstein	2 587	+ 3,7	+ 0,1	7	158	94,9	10,2	1 857	1 618	501
Hamburg	1 688	- 5,9	- 1,1	8	1	89,6	9,7	13	16	4
Niedersachsen	7 226	+ 2,0	- 0,1	18	293	90,5	9,5	6 701	3 270	1 052
Bremen	707	- 2,2	- 1,0	3	1	82,6	9,2	7	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 049	+ 0,8	- 0,2	51	196	94,1	10,0	5 014	1 961	638
Hessen	5 538	+ 2,9	- 0,0	19	93	85,6	10,1	1 439	886	301
Rheinland-Pfalz	3 645	- 0,0	- 0,3	9	62	90,9	8,9	682	698	241
Baden-Württemberg	9 121	+ 2,5	- 0,1	41	202	80,0	9,8	2 186	1 856	701
Bayern	10 812	+ 3,2	+ 0,1	34	553	91,1	9,6	4 304	4 796	1 962
Saarland	1 086	- 3,0	- 0,7	2	8	84,5	9,9	52	71	26
Berlin (West)	1 937	- 8,7	- 1,5	7	0	21,1	15,5	8	1	0
Bundesgebiet	61 396	+ 1,2	- 0,2	199	1 568	89,9	9,7	22 261	15 193	5 431

Land	Verarbeitende Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im September 1977			
	Beschäftigte am 31. 10. 1977 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1977		Produk- tions- index 3) (1970 = 100) im Oktober 1977	Beschäftigte am 30. 9. 1977		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	166	2 202	25,2	...	50	19	1 652	6,4	666	2,6
Hamburg	160	3 473	13,9	264	1,6	244	1,4
Niedersachsen	675	8 336	25,7	...	146	20	3 895	5,4	2 563	3,5
Bremen	88	1 691	37,6	...	14	20	453	6,4	529	7,5
Nordrhein-Westfalen	2 221	24 936	24,3	...	279	16	7 943	4,7	7 246	4,3
Hessen	636	6 248	25,2	p 118,2	100	18	2 209	4,0	822	1,5
Rheinland-Pfalz	359	4 669	29,7	134	66	18	1 935	5,3	1 255	3,4
Baden-Württemberg	1 392	13 858	24,3	...	173	19	5 289	5,8	7 449	8,2
Bayern	1 266	12 121	22,3	128,0	243	22	5 775	5,3	3 548	3,3
Saarland	149	1 377	33,8	127,0	17	16	412	3,8	202	1,9
Berlin (West)	180	1 750	12,2	...	32	17	1 254	6,5	1 327	6,8
Bundesgebiet	7 294	80 662	24,3	119,3	31 081	5,1	25 851	4,2

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1977			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1977				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 10. 1977 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner					im 3. Vierteljahr 1977			
	in 1 000		in DM je Einwohner								
Schleswig-Holstein	979	638	324	1 609	64	2 095	134	4 638	377	359	...
Hamburg	572	521	309	951	22	1 234	132	8 021	665	2 694	...
Niedersachsen	2 781	2 355	326	3 949	235	5 302	140	5 668	376	393	...
Bremen	239	217	307	421	8	494	119	6 273	482	938	...
Nordrhein-Westfalen	6 083	5 459	320	9 086	271	11 588	131	6 365	430	688	...
Hessen	2 206	1 914	346	2 910	104	3 911	138	7 001	440	580	...
Rheinland-Pfalz	1 461	1 220	335	2 063	89	2 824	141	6 244	377	423	...
Baden-Württemberg	3 628	3 088	339	4 688	216	6 384	141	6 818	447	614	...
Bayern	4 307	3 494	323	5 930	332	8 179	144	7 224	409	460	...
Saarland	392	352	324	619	16	861	142	5 588	373	365	...
Berlin (West)	574	521	269	1 171	24	1 417	123	6 101	306	861	...
Bundesgebiet	23 309 ^a	20 020 ^a	326	33 397	1 381	44 289	137	6 501	420	621	...

⁹⁾ An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

2) ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) vorläufige Werte ohne Fertigteilebau und Bauhilfsgewerbe

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) ohne Postspareinlagen

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

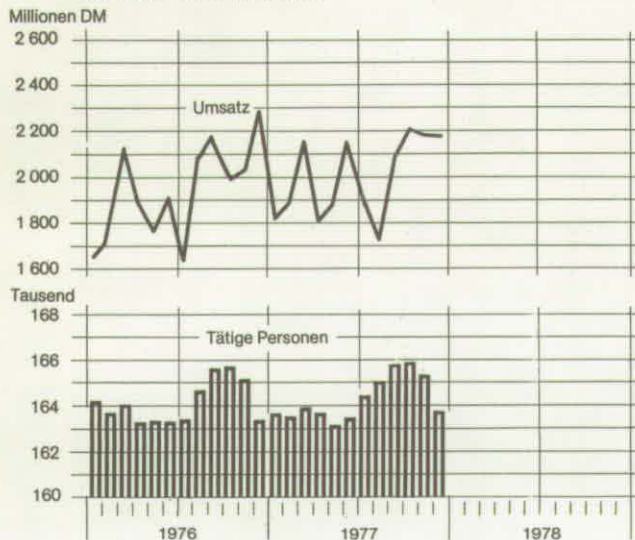
8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

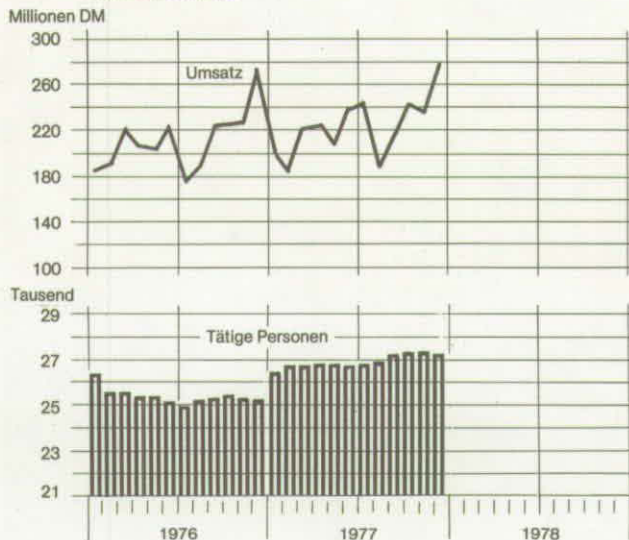
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn/-verlust); Zu/ Fortzüge, Geborene, Gestorbene; Arbeiterverdienste; Preisindex der Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kredite.

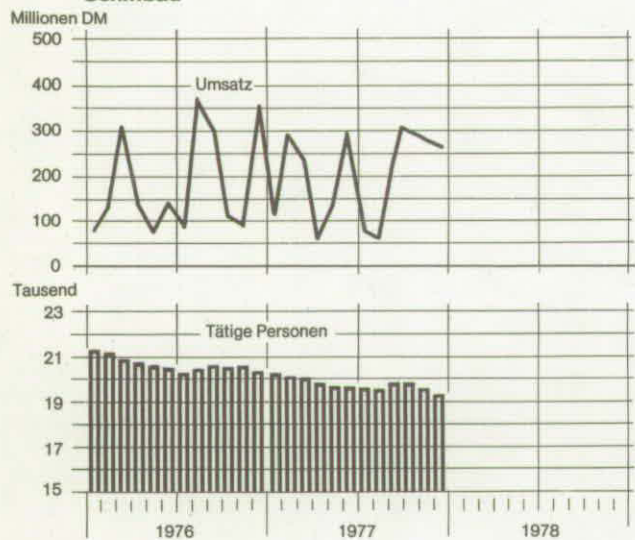
Verarbeitende Industrie*



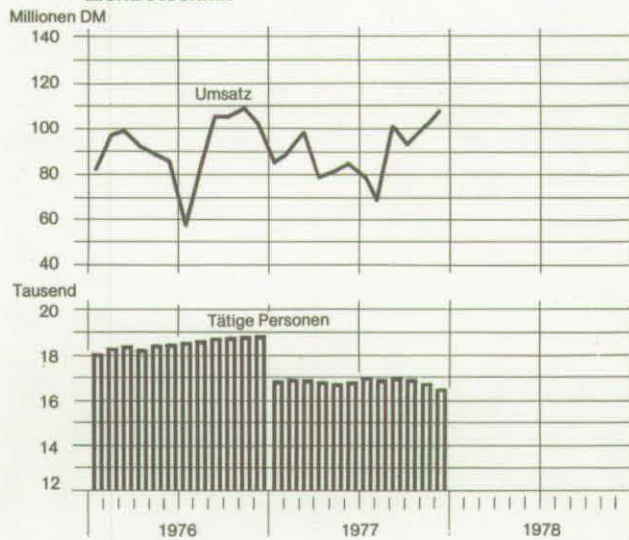
Maschinenbau*



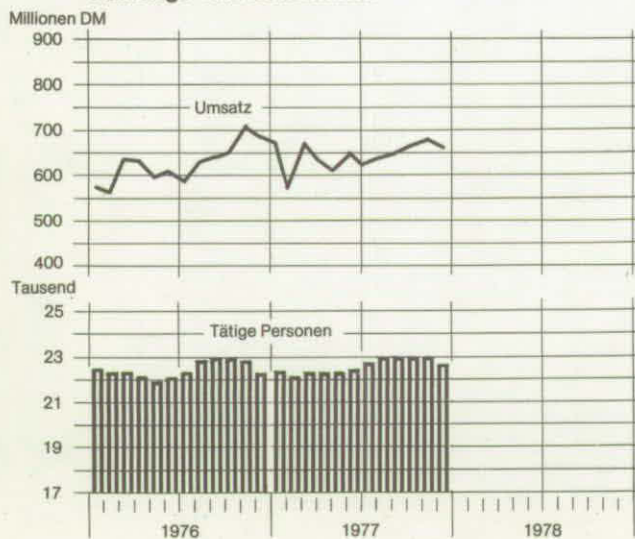
Schiffbau*



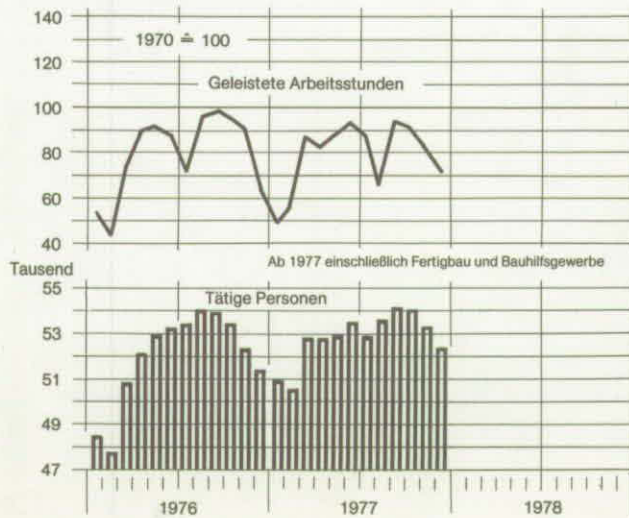
Elektrotechnik*



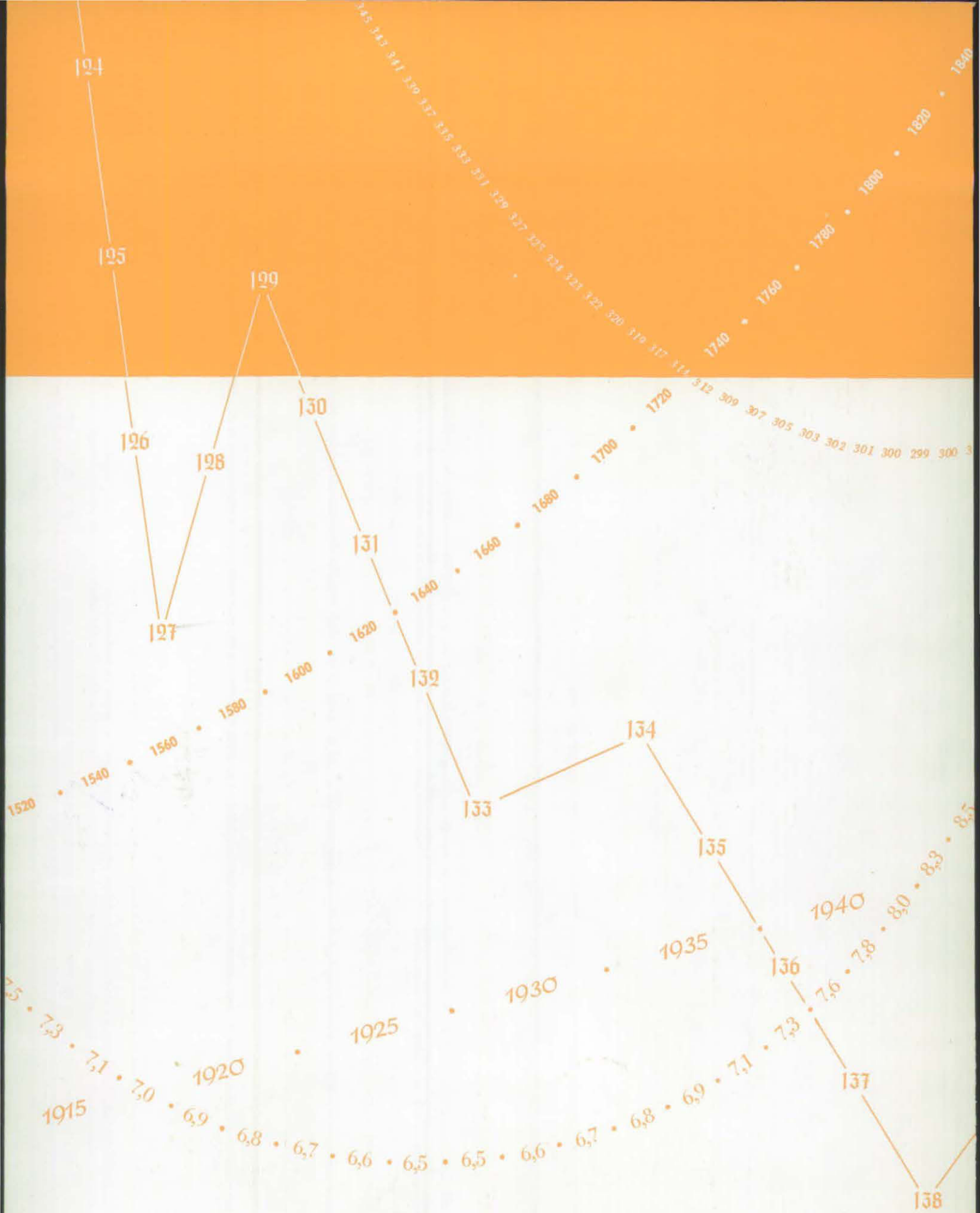
Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen